

FIGU – ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



6. Jahrgang Nr. 138, März/2 2020

Erscheinungsweise: Zweimal monatlich

Internetz: http://www.figu.org E-Brief: info@figu.org

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte), verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine (Meinungs- und Informationsfreiheit) vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw., müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit der (Lehre der Wahrheit, Lehre des Geistes, Lehre des Lebens), mit dem Gedankengut und den Interessen, wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Folter und Gehirnwäsche? Physischer und geistiger Zustand von Assange ist erschreckend

Di, 22 Okt 2019 16:53 UTC

Bei der Anhörung des Wikileaks-Gründers Julian Assange vor Gericht soll er nur noch ein Schatten seiner selbst gewesen sein, berichtet Craig Murray, Freund und enger Vertrauter von Assange und früherer britischer Botschafter in Usbekistan.



Julian Assange Der Zustand des zu Unrecht verhafteten Whistleblowers soll laut Murray so schlimm gewesen sein, dass er den Ausgang des Auslieferungsverfahrens nicht mehr erleben könnte.

Craig Murray hat es sich nicht nehmen lassen, die Verhandlung vor Ort im Gerichtssaal in Westminster zu verfolgen. In einem Eintrag vom Dienstag fasst er seine Eindrücke auf seinem Blog zusammen.

Tief erschüttert ist der Freund und enge Vertraute des Whistleblowers von dessen aktueller, körperlichen und geistigen (Anm. bewusstseinsmässigen) Verfassung. Assange habe seit seiner Verhaftung mehr als 15 Kilogramm an Gewicht verloren, sein Haar habe sich gelichtet und er sei deutlich gealtert. Zudem habe er merklich gehinkt.

Noch schockierender war laut Murray jedoch sein mentaler Zustand:

"Doch seine physische Erscheinung war nicht so schockierend wie der Abbau seiner mentalen Fähigkeiten", so Murray. "Als er aufgefordert wurde, seinen Namen und sein Geburtsdatum zu nennen, hatte er mehrere Sekunden lang deutlich damit zu kämpfen, sich an beides zu erinnern."

Murray zeigte sich vor dem gestrigen Tag skeptisch hinsichtlich Behauptungen über Foltermethoden, die angeblich an Assange durchgeführt werden. Der gestrige Tag änderte seine Meinung diesbezüglich jedoch grundlegend.

Bis zu diesem Gerichtstermin sei er selbst skeptisch gewesen, wenn behauptet wurde, die Behandlung von Assange im Gefängnis komme Folter gleich – wie zuletzt von Nils Melzer geäussert, UN-Sonderberichterstatter zu Folter. Seine Meinung habe er nun grundlegend geändert, gibt Murray zu. Der Whistleblower habe die gleichen Symptome gezeigt, wie er sie bei Opfern extremer Folter in Usbekistan und bei Überlebenden aus Sierra Leone beobachtet habe. Assange sei desorientiert und verwirrt gewesen und habe Mühe gehabt, "seinen freien Willen durch den Nebel der erlernten Hilflosigkeit hindurch zu bekunden."

Auch seine frühere Skepsis bezüglich der Warnrufe, Assange werde das Ende seines Auslieferungsverfahrens nicht mehr erleben, habe sich in Luft aufgelöst.

Murray sagte weiter:

"Jeder Anwesende sah gestern in diesem Gerichtssaal, dass einer der grössten Journalisten und wichtigsten Dissidenten unserer Zeit vor unseren Augen durch den Staat zu Tode gefoltert wird. Es war unerträglich, meinen Freund, den sprachgewandtesten Mann, den schnellsten Denker, den ich je kannte, zu einem taumelnden, brüchigen Wrack degradiert zu sehen."

Auch die Anhörung selbst war empörend und klar aus Amerika beeinflusst:

Auch über die Anhörung selbst zeigt sich der Ex-Botschafter und Assange-Vertraute empört. Die Argumente der Verteidigung für einen Aufschub des für den 25. Februar angesetzten Gerichtstermins, bei dem die Auslieferung von Assange an die USA verhandelt werden soll, seien von Richterin Vanessa Baraitser übergangen worden. Insgesamt sei die Richterin den Vorgaben der Staatsanwaltschaft bereitwillig gefolgt. Zudem seien fünf Vertreter der US-Regierung anwesend gewesen und hätten sich mit dem Staatsanwalt James Lewis während der Verhandlung rege ausgetauscht, so Murrays Beobachtung. "Die US-Regierung diktierte Lewis ihre Instruktionen, dieser gab sie an Baraitser weiter, und sie machte diese zu ihrer rechtskräftigen Entscheidung."

Murray kommt zu dem Schluss, dass der Auslieferungsprozess hastig nach Washingtons Zeitplan abgearbeitet wird, und fragt sich, warum der Termin im Februar für die US-amerikanische Seite offenbar so wichtig ist.

Die Anhörung im Februar soll im Belmarsh Magistrates Court stattfinden. Murray kritisiert, dass im engen Gerichtssaal von Belmarsh, anders als in Westminster, nur sechs Plätze für die Öffentlichkeit verfügbar seien. Er vermutet, dass Richterin Baraitser damit einen öffentlichen Aufschrei wegen ihrer Verfahrensweise vermeiden wolle. Den Einwand der Verteidigung, in Belmarsh gäbe es nicht einmal separate Räume, wo sich die Anwälte mit ihrem Klienten beraten könnten, habe die Richterin abgetan.

Das abschliessende Schlussstatement von Julian Assange habe noch einmal vor Augen geführt, wie geschwächt und verwirrt der Angeklagte sei, der in Belmarsh 23 Stunden am Tag in kompletter Isolation lebe und nur für 45 Minuten täglich für sportliche Übungen nach draussen gelassen werde.

Murray sagte zum Schluss:

"Wenn Julian nicht bald entlassen wird, wird er zerstört werden. Wenn der Staat das machen kann, wer ist dann als Nächster dran?", fragt der Menschenrechtsaktivist Murray am Ende seines Blogeintrags.

Und trifft damit den Nagel auf den Kopf – genauso wie John Pilger in seinem Artikel zum Thema:

Die Verhaftung von Assange ist eine Warnung aus der Geschichte

Quelle: https://de.sott.net/article/33835-Folter-und-Gehirnwasche-Physischer-und-geistiger-Zustand-von-Assange-ist-erschreckend

"Deutschland verdummt" – Psychiater hält heutige Kinder später nicht für arbeitsfähig

Published on October 15, 2019 October 15, 2019

heutige Bildungssystem bringe Kindern elementare Fähigkeiten nicht mehr bei. Es müsse dringend umgesteuert werden. Nur: Ist es dafür vielleicht schon zu spät?

"Deutschland verdummt" ist der Titel des aktuellen Buches des Kinderpsychiaters Michael Winterhoff. Darin vertritt er die These, dass ein fehlgeleitetes Bildungssystem in Deutschland die Kinder von heute zu Narzissten und Egozentrikern macht und damit die Zukunft der Gesellschaft aufs Spiel setzt.

Im Gespräch mit dem Focus erklärte Winterhoff, dass die Entwicklung der psychischen Leistungen in Kitas und Schulen heute keine Rolle mehr spiele. Es mangele den heutigen Schulabgängern an den sogenannten Soft Skills, am Sinn für Pünktlichkeit, an der Fähigkeit, Strukturen und Arbeitsabläufe zu erkennen. Vielen fehlten elementare Kenntnisse in Deutsch und Mathematik.

An oberster Stelle stehe bei Kindern und Jugendlichen das Mobiltelefon. Der Mangel an sozialen Fähigkeiten und die weit verbreitete Selbstüberschätzung führen zu steigenden Abbruchszahlen bei Berufsausbildungen und zu einem immer häufigeren Scheitern von Studienabsolventen im Beruf.

Die Ursache dieser Fehlentwicklungen sieht der Kinderpsychiater in einer falschen Bildungspolitik. Vor etwa 20 Jahren seien das Bildungssystem umgebaut und das autonome Lernen durchgesetzt worden. Als treibende Kraft für diesen Umbau benennt er die OECD und "Ideologen", die die Politiker dazu brachten, entsprechende Reformen an Lehrern und Eltern vorbei durchzusetzen.

Damit fehlten den Kindern Bezugspersonen, an denen sie sich orientieren und ihre emotionale und soziale Intelligenz entwickeln können. Im Zuge des autonomen Lernens soll sich das Kindergartenkind selbst aussuchen, in welchem Raum es sich aufhält und was es macht; Schüler sollten sich möglichst viel selbst beibringen. Auf ihre Wirksamkeit seien diese Ansätze nie untersucht worden.

Winterhoff betont, dass Kinder Bezugspersonen brauchen. Soziale Fähigkeiten und Arbeitshaltung könnten sich nur durch Einüben entwickeln. Unterricht müsse personenbezogen sein. Weniger wichtig sei die Form des Unterrichts.

Die Gesellschaft gerate in Folge der falschen Bildung der Kinder in eine "katastrophale Schieflage", wenn wir "nicht gegensteuern":

"Unsere Kinder wachsen zu Narzissten und Egozentrikern heran, die nicht auf Andere achten, sich nur um sich selbst drehen und lustorientiert in den Tag leben. Wertschätzung ist ihnen kein Begriff mehr. In einem Sozialstaat müssen die Menschen aber füreinander da sein. Doch Menschen, die sich wie kleine Kinder aufführen, nicht fähig sind zu arbeiten, die sprengen dieses System.

Winterhoff kritisiert auch einen komplett falschen Umgang mit der Digitalisierung. Smartphones und ähnliche Geräte hätten nichts in den Händen von unter Zehnjährigen zu suchen, weil sie auch deren psychische Entwicklung behinderten. Die permanente Lustbefriedigung des Internets ("Ich wische, also passiert etwas.") schicke die Kinder in eine Parallelwelt.

Die Beschäftigung mit dieser Technik müsse an weiterführenden Schulen einen Platz haben, vorher brauchten die Kinder "digitalfreie Oasen". Auch die Erwachsenen litten heute unter ständiger Anspannung infolge der digitalen Reizüberflutung. Dabei sollten Eltern als Bezugspersonen für ihre Kinder in sich ruhen.

Als Ausweg aus der von ihm diagnostizierten Bildungskatastrophe empfiehlt Winterhoff zum einen die Abschaffung des autonomen Lernens, zum anderen die Schaffung von deutlich kleineren Gruppen in Kindergärten und Schulen. Lehrer müssten die Möglichkeit bekommen, wieder Lehrer sein zu dürfen.

Der Psychiater betonte, dass Kinder nicht abgeschrieben werden dürften; verpasste psychische Entwicklungen könnten bis zum 25. Lebensjahr nachgeholt werden. Es sei noch nicht zu spät für eine Umkehr. Wenn es keine Hoffnung mehr gäbe, hätte er sein Buch nicht geschrieben.

Zu dem Punkt der Korrigierbarkeit der Fehlentwicklungen in der Bildung gibt es auch andere Meinungen. Der Blogger Hadmut Danisch etwa, der die Diagnose Winterhoffs grundsätzlich teilt, befand, dass "sowieso alles im Eimer ist" und sich die Folgen der Bildungsmisere derzeit auf den Strassen beobachten liessen:"

Was soll das heissen, "wenn wir nicht gegensteuern"? Guckt euch doch mal die Greta-Klima-Extinction-Rebellion-Deppen an. Das sind doch genau diese Narzissten und Egozentriker, die zu nichts mehr in der Lage sind, als dass sich alles um sie drehen muss.

Quelle: https://derwaechter.org/deutschland-verdummt-psychiater-halt-heutige-kinder-spater-nicht-fur-arbeitsfahig

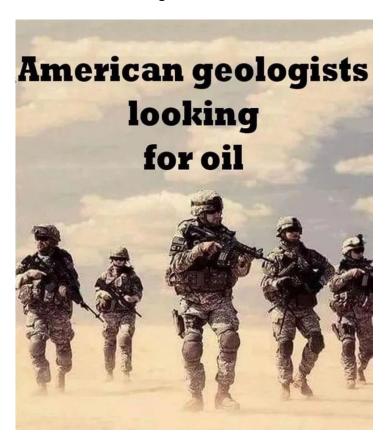
Trump raubt das Öl Syriens

Mittwoch, 30. Oktober 2019, von Freeman um 08:00

Von wegen Rückzug der US-Soldaten aus Syrien. Am Sonntag hat Trumpstein während seinem Bericht

über die Tötung von ISIS-Chef Abu Bakr al-Baghdadi gleichzeitig verkündet, amerikanische Soldaten würden in Syrien bleiben und die Ölfelder "bewachen". Jeder Versuch von irgendeiner Seite, die Ölfelder zu übernehmen, einschliesslich die syrische Regierung, würde mit massiver militärischer Gewalt beantwortet, sagte er. Seine Absicht wäre es, mit Exxon Mobil oder "einer unserer grossartigen Konzerne" einen Deal zu machen, das syrische Öl auszubeuten. Dieser Verbleib in Syrien und Raub des syrischen Öls, dass dem syrischen Volk gehört und aus dessen Einnahmen die horrenden Kriegsschäden behoben werden können, ist ein krasser Verstoss gegen das Völkerrecht und ein Kriegsverbrechen. Aber kaum jemand regt sich darüber auf, besonders die Trump-Fans nicht!!!

Das passende Bild dazu: "Amerikanische Geologen die nach Öl suchen"



Am Montag hat US-Verteidigungsminister Mark Esper die Stationierung von US-Soldaten beschrieben, welche der syrischen Regierung den Zugriff auf die Ölfelder verweigern werden und sie in den Händen der kurdischen SDF belassen.

Die Rechtfertigung des Chefs des Pentagon war die übliche "Vernichtung der ISIS" Mantra, damit die Terroristen nicht an die Öleinnahmen kommen.

Wie passt diese Ausrede aber mit der Behauptung des Weissen Haus zusammen, auf Befehl von Trump hätte man "den militanten Führer und sein selbsternanntes 'Kalifat' ausgelöscht?"

Was denn nun? Ist denn die ISIS mit dem Tod von Baghdadi besiegt, ja oder nein? Trump sagt jedenfalls grossspurig, es ist so, er hätte es praktisch alleine gemacht.

"Wir wollen sicherstellen, dass die SDF weiter Zugriff auf die Ressourcen hat, um die ISIS-Gefangenen zu bewachen, damit sie ihre Soldaten bewaffnen können, damit sie uns bei der Mission, die 'ISIS zu besiegen', helfen", sagte aber Esper.

Der Experte für internationales Recht, Anthony Cordesman, erzählte dem britischen Guardian, die weitere Besetzung des syrischen Territoriums und der Raub des Öls sei ein Verbrechen.

"Unter dem Völkerrecht kann man nicht zivile Güter nehmen oder diese beschlagnahmen. Dabei handelt es sich um ein Kriegsverbrechen."

Aber seit wann interessiert sich Washington für das Internationale Recht? Das geht den Imperialisten am Arsch vorbei und ignorieren sie. Sie nehmen sich einfach was sie wollen, denn den Amis gehört der Planet, meinen sie.

Bei einer anderen Gelegenheit hat Trump bereits gesagt: "Wir stehlen nichts. Wir erstatten uns nur selbst die Kriegskosten ..."

Nur, wer hat denn überhaupt entschieden, einen Krieg gegen die syrische Regierung zu führen und Präsident Assad zu stürzen? Und jetzt sollen die Syrer als Opfer der US-Aggression diese Kriegskosten mit ihrem Öl bezahlen???

Quelle: http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2019/10/trump-raubt-das-ol-syriens.html#ixzz64TiiFmWn

Schweizer Frauen haben es gut

Hans Geiger, em. Professor für Bankwesen, Weiningen ZH Veröffentlicht am 1. November 2019 Shares Auf Facebook teilen Twittern

Auf der auch mit Steuerbatzen finanzierten Webseite «humanrights.ch» finde ich folgende Information, die mich als männlichen Schweizer tief betrübt:

«Auch in der Schweiz sind Frauen immer noch in den meisten Bereichen schlechter gestellt als die Männer ... Sie sind in allen relevanten Entscheidungsgremien ... in der Wirtschaft untervertreten, haben schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt, verdienen je nach Branche immer noch 6 bis 21 Prozent weniger und erhalten immer noch wenig Hilfe von den Männern bei der Haus- und Familienarbeit.»

Als Sofortmassnahme gegen den letzten Missstand bediene ich ab sofort den Geschirrspüler mindestens gleich häufig wie meine Frau. Das ist immerhin einmal ein Anfang.

Wunderschön, in der Schweiz Frau zu sein.

Nirgends auf der Welt ist die Gleichstellung der Geschlechter vollständig realisiert. Aber es ist sicher im einen oder anderen Land schöner oder weniger schön, eine Frau zu sein. Und in der Schweiz ist es diesbezüglich wunderschön. In neuesten «Women, Peace and Security Index» (WPS-Index) steht die Schweiz hinter Norwegen und vor Finnland weltweit auf dem zweiten Platz. Dieser Index versucht, die Unterschiede in den drei Bereichen (1) Integration der Frauen in die Gesellschaft, (2) Sicherheit und (3) rechtliche Diskriminierung global zu messen.

Der Index wird durch das Georgetown Institute for Women, Peace and Security in Washington D.C. ermittelt. Das Spitzenland Norwegen erreicht für 2019 einen Indexwert von 0,904, die Schweiz steht auf Platz Zwei mit einem Wert von 0,893. Die Schlusslichter bilden das Bürgerkriegsland Yemen auf Platz 167 mit 0,351 und Afghanistan auf Platz 166 mit 0,373.

Schweizer Frauen haben es gut



Hans Geiger, em. Professor für Bankwesen, Weiningen ZH

Internationale Statistik zur Stellung der Frauen

Der WPS-Index basiert auf elf statistisch gemessenen Grössen für die drei Bereiche «Integration», «Sicherheit» und «rechtliche Diskriminierung» der Frauen. Diese Kenngrössen sind: Ausbildung, Finanzen, Beschäftigung, Mobiltelefonnutzung, Parlamentsvertretung, gesetzliche Diskriminierung, Bevorzugung von Söhnen («Son Bias»), Arbeitsnormen, häusliche Gewalt, Sicherheit, organisierte Gewalt. Die Hilfe der Männer bei der Haus- und Familienarbeit gehört nicht dazu.

Die vielleicht wichtigste Kennzahl für die Integration ist die Ausbildung, gemessen an der Anzahl der Ausbildungsjahre der Frauen. Für die zehn führenden Länder sind das durchschnittlich 12,7 Jahre, für die hintersten zehn nur vier Jahre. Praktisch alle Frauen in den zehn führenden Ländern verfügen über eine Bankverbindung (98,6 Prozent), bei den hintersten zehn durchschnittlich nur knapp jede fünfte Frau (17,9 Prozent). Bei der Vertretung der Frauen im Parlament ist der Unterschied nicht so gross: Bei den besten Ländern sind es 35,8 Prozent, bei den letzten zehn 15,6 Prozent. Die Schweiz schneidet bei dieser Kennzahl mit 29,3 Prozent für 2019 nicht besonders gut ab. Bei den jüngsten Wahlen hat sich der Anteil

der Nationalrätinnen jedoch von 32 auf 42 Prozent erhöht. Vielleicht erreichen wir mit dieser Zahl im nächsten Rating sogar den Spitzenplatz.

Ein ganz düsteres Bild zeigt die Statistik zur häuslichen Gewalt («intimate partner violence»). Die zehn besten Länder weisen eine durchschnittliche jährliche Rate von 3,9 Prozent auf, die zehn hintersten Länder 29,6 Prozent. Rund jede dritte Frau erleidet in diesen Ländern jährlich häusliche Gewalt. Bei diesem Kriterium liegt die Schweiz zusammen mit Singapur mit 0,9 Prozent an der Spitze der 167 Länder. Mit gegen 50 Prozent stechen unter den schlechtesten zehn Ländern die folgenden hervor: Südsudan, Afghanistan und Irak.

Die Diskriminierung der Männer

Es gibt natürlich nicht nur diskriminierte Frauen, auch Männer sind in der Schweiz bezüglich Gleichstellung der Geschlechter zum Teil benachteiligt. Dies ist seit den jüngsten Wahlen ausgeprägter der Fall bei der Vertretung im Nationalrat. Im Kanton Baselland (BL) sind die Männer schon seit 2011 untervertreten, neuerdings können sich die zwei einsamen männlichen BL-Nationalräte mit Minderheitskollegen aus den Kantonen Basel-Stadt, Bern, Freiburg und Graubünden trösten. Ganz schlimm steht es um die Männer in Obwalden, sie sind überhaupt nicht mehr vertreten. Allerdings hat Obwalden (OW) nur einen einzigen Sitz im Nationalrat. So werden halt die Interessen der OW-Männer im Nationalrat künftig von Frau Monika Rüegger von der SVP wahrgenommen. Schlimm, oder?

Die Männerdiskriminierung macht nicht an den Kantonsgrenzen Halt. Das sogenannte starke Geschlecht ist vor allem auf der politisch linken Seite brutal untervertreten: Bei SP und Grünen. Tun uns deshalb künftig linke Männer leid?

Aber vielleicht leiden wir Männer mit der steigenden Diskriminierung einfach an einer alten Erbsünde. Adam hätte damals den Apfel im Paradies nicht nehmen sollen.

Diskriminierung von Christinnen und Musliminnen

Doch zurück zum «Women, Peace and Security Index». Die zehn Länder, in denen es den Frauen am besten geht, sind ausnahmslos europäische Länder mit christlicher Tradition. Von den zehn Ländern mit der schlimmsten Diskriminierung der Frauen sind deren sieben muslimisch geprägt. Mit dieser Aussage will ich nicht «eine Gruppe von Personen wegen ihrer Religion in einer gegen die Menschenwürde verstossenden Weise herabsetzen». Dies wäre ein Verstoss gegen die Rassismus-Strafnorm. Es geht ausschliesslich darum, bei der Kritik an der Schlechterstellung der Frau den Fokus internationaler zu setzen. Dass Frauen aus Afghanistan in die Schweiz kommen wollen, ist eine kluge Überlebensstrategie. Und dies trotz der bereits im Jahr 2001 in der Verfassung festgelegten Mindestvertretung der Frauen im afghanischen Parlament von 27 Prozent.

Hans Geiger. Quelle: https://schweizerzeit.ch/schweizer-frauen-haben-es-gut/

Das charmante Gesicht der Ausbeutung Europas

Werner Rügemer. 04. November 2019 um 11:12 Ein Artikel von Werner Rügemer | Verantwortlicher: Redaktion



Bundeskanzlerin Angela Merkel und die privaten wie öffentlichen Leitmedien überschlagen sich bei den Lobhudeleien für Christine Lagarde, die zum 1. November 2019 ihre Funktion als EZB-Präsidentin übernahm: "Die erste Frau in der Führung der EZB". Sie zeichne sich aus durch Eleganz, Charme, Selbstbewusstsein, Scharfsinnigkeit usw. Von Werner Rügemer.

Das Unternehmerblatt Wirtschaftswoche präsentierte die Gelobte mit ganzseitigem Buntfoto: Zurückhaltend lächelnd steht sie da, aufrecht, angetan mit dezentem, blau-weiss gestreiftem Etuikleid, schwarzen Blockabsatz-Sandaletten, einfacher, dicker Perlenkette um den Hals und dezenten Silberbändern um beide Handgelenke – und wo steht sie? Natürlich, wie aus dem primitivsten Bilderbuch der Globalisierung: Sie steht selbstbewusst vor den korinthischen Säulen auf den Stufen des Capitols in Washington. Untertitel: "Selbstbewusst und charmant. Christine Lagarde weiss, wie sie sich durchsetzen kann."

Mit Zombies in den Abgrund - aber charmant

So wird der Abgrund verkauft, in den die inzwischen mächtigste europäische Institution, die EZB, die Europäische Union weiter manövrieren wird, zugunsten ihrer Lieblinge.

Selbst die Wirtschaftswoche resümiert in ihrer Titelgeschichte nach sechs Seiten Lobhudelei am Ende, auf der siebten Seite: Mit Lagarde wird es in Fortsetzung des bisherigen Präsidenten Mario Draghi so weitergehen: "Künstlich am Leben gehaltene Zombiefirmen entziehen den wettbewerbsfähigen Unternehmen Ressourcen und bremsen den Strukturwandel. Weniger Jobs, weniger Wachstum und weniger Wohlstand sind die Folgen." Und es werde weiter mithilfe des EZB-Geldes spekuliert mit Grundstücken, Immobilien, Aktien, Rohstoffen. "Vor allem die Vermögenden profitieren von den geldpolitisch aufgepumpten Kursblasen."[1]

Man weiss es also in den Top-Etagen: Die Superreichen werden noch reicher gemacht, die Mehrheiten der Bevölkerungen in der EU werden weiter nachhaltig geschädigt, Umwelt inbegriffen. Damit es keiner merkt, wird ein charmantes Aushängeschild vor die Tür gehängt.

Karriere mit Baker McKenzie

Die Capitol-Besucherin gehört zu dem Teil der französischen Elite, deren Interessen mit den "amerikanischen" identisch sind. Lagarde besuchte mit Austausch-Stipendium eine Schule in Maryland, hospitierte beim Abgeordneten William Cohen, der dann unter Präsident Clinton Verteidigungsminister wurde. 1981 fing die Juristin in der Pariser Filiale von Baker McKenzie als Anwältin an. Die Kanzlei ist mit 4700 Anwälten in 46 Staaten die aussenpolitisch wichtigste der USA. Sie vertritt US-Konzerne und US-Banken bei Fusionen, Auslagerung von Marken-Lizenzen, globaler Steuergestaltung, Beratung von Regierungen. Die Kanzlei hat zwar ihren operativen Hauptsitz in Chicago, aber ihren rechtlichen Sitz hat sie in der Schweiz und unterliegt damit nicht der US-Finanzaufsicht. Die Kanzlei ist deshalb auch in allen wichtigen Finanzoasen vertreten, etwa in Luxemburg, Irland, den Niederlanden und – besonders aufwendig – in Hongkong. Entsprechend sind die Dienstleistungen für die Mandanten.

Freihandel und LGBT

Der rechtliche Schwerpunkt Lagardes als Chefin der Pariser Filiale war Arbeits- und Sozialrecht: Wie finden ausländische, insbesondere US-Investoren hier die Schwachstellen und Schlupflöcher, um sich in Frankreich einzukaufen? 1999 hatte sie sich zur Weltchefin der Kanzlei hochgearbeitet und blieb dies bis 2004. Sie pendelte zwischen Chicago, Paris und der vorrangig ausgebauten Filiale in Hongkong hin und her

So war sie – grosse Neuerung – die erste Frau an der Spitze einer bisher von Männern beherrschten Domäne und sie förderte, wie dies die Demokratische Partei in den USA mit den Clintons auch tat, den beruflichen Aufstieg von Frauen, Schwulen, Lesben und Transgendern – Arbeits- und Sozialrechte für die Mehrheit der Menschen, entsprechend den Universellen Menschenrechten der UNO – das kennt sie nicht, das bekämpft sie.

So wurde Baker McKenzie schliesslich im Jahre 2018 mit zwei internationalen Preisen ausgezeichnet: als beste Kanzlei in der Freihandelszone Hongkong (Honkong Law Firm of the Year) und als beste Förderin von Frauen, Schwulen und Lesben (Top Global LGBT).

Transatlantisch bei Rüstung, Industrie und Handel

Organisch verbanden sich die Aufgabenbereiche der Kanzlei mit den aussenpolitischen Interessen und Strategien des US-Staates. So war Lagarde von 1995 bis 2002 gleichzeitig Mitglied in der Washingtoner Denkfabrik Center for Strategic and International Studies (CSIS). Dort war beispielsweise nicht nur mit Zbigniew Brzezinski der langjährige aussenpolitische Berater vieler US-Präsidenten Mitglied, sondern etwa auch die Banker John Kornblum, der US-Botschafter in Deutschland, und Felix Rohatyn, der US-Botschafter in Frankreich.

Es ging den US-Akteuren in diesen Jahren um die verstärkte militärische wie auch wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU. US-Investoren wie Blackstone, Carlyle, Whitehall, Cerberus und KKR begannen

mit dem Aufkauf von Unternehmen und z.B. auch öffentlichen Wohnungsbeständen in der EU, insbesondere im strategisch zunächst wichtigsten Staat Deutschland.[2]

Schwerpunkt Polen

Ein besonderer Schwerpunkt war dabei der Aufbau von US-Positionen in Mitteleuropa. Polen wurde zum militärischen Kooperationspartner aufgebaut: Lagarde war dafür mit Brzezinski im Aktionskomitee USA-EU-Polen und in der Arbeitsgruppe USA-Polen für die Rüstungsindustrie. Polen ist für die USA "das wichtigste potentielle NATO- und EU-Mitglied Mitteleuropas", so Brzezinski. Gleichzeitig wurde zur Unterfütterung dieser Strategie der Handel mit Polen liberalisiert. US-Konzerne siedelten sich in neugeschaffenen Freihandelszonen an (kein Staat hat so viele Freihandelszonen wie Polen). Daneben wurde die Ukraine als Schlüsselstaat im Kampf gegen Russland aufgebaut, wie Brzezinski freimütig und selbstbewusst ausplauderte.[3]

Ab 2004 hatte Lagarde den Vorsitz im Global Strategy Committee von Baker McKenzie. Die von der charmanten, eleganten, selbstbewussten Frauenrechtlerin Lagarde geführte Kanzlei war selbstverständlicher Teil der US-Strategie der "einzigen Weltmacht" – die sich auch die EU neu untertan machte.

Einstieg in die "konservative" Politik

Somit waren die Voraussetzungen gut, um in der EU auch politisch aktiv zu werden. Von 2005 bis 2011 agierte die Charmeuse als Ministerin abwechselnd für Aussenhandel, Landwirtschaft/Fischerei, Wirtschaft und Finanzen in drei Regierungen Frankreichs, zunächst unter dem "konservativen" Staatspräsidenten Chirac, danach unter dem rassistischen Transatlantiker Sarkozy.

Die im EU-Vergleich sehr guten Arbeitsgesetze Frankreichs – noch aus der Reform unter Präsident Mitterrand und kommunistischen Ministern stammend, etwa die 35-Stunden-Woche – bezeichnete die Ministerin als "erdrückend". Wenn Kritik an ansteigenden Benzinpreisen aufkam, empfahl die Ministerin den Franzosen, doch öfter mal das Fahrrad zu benutzen.

Unter Sarkozy und Lagarde weiteten die führenden französischen Rüstungsfirmen ihren Export weiter aus, insbesondere in die reaktionären Golf-Staaten. In den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) errichtete Frankreich zum ersten Mal seit dem 2. Weltkrieg einen neuen, grossen Militärstützpunkt im Ausland – gleichzeitig sorgte die charmante Finanzministerin dafür, dass reiche Scheichs steuerbegünstigt Luxus-Immobilien in Paris und im sonstigen Frankreich erwerben konnten.

Nicht nur diktatorische Scheichs wurden elegant begünstigt. Auch die über 2000 vermögenden Griechen, die als Kunden der Schweizer Niederlassung der grössten europäischen Bank, der Hongkong and Shanghai Banking Corporation (HSBC) auf einer Liste standen. Diese Liste wurde Lagarde zugespielt – aber die Liste blieb charmant in der Schublade.

Lagarde setzte sich im Interesse ihrer früheren Mandanten dafür ein, dass der mithilfe von Goldman Sachs und der US-Ratingagenturen überschuldete Staat Griechenland ausgeplündert wurde – und dass die EU neben der EZB dafür auch den Internationalen Währungsfonds IWF hinzuzog (Troika), übrigens mit anonymisierten BlackRock-Beratern vor Ort in Athen. Dass es dabei noch verstärkend gegen die linke Regierung ging – das verband die beiden wichtigsten EU-Finanzminister Schäuble und Lagarde. Kanzlerin Merkel hängte sich an die strahlende Französin und einigte sich mit Sarkozy, dem Einbezug des IWF zuzustimmen. Die nationalistische Hetze gegen die "faulen Griechen", die ihre Überschuldung selbst verursacht hätten und nun dafür zahlen müssten – dagegen stand die selbstbewusste Frauenrechtlerin nie auf.

IWF-Direktorin

Den französischen Transatlantikern steht traditionell immer wieder der Posten des IWF-Chefs zu. Sie sind als Franzosen, also als "Europäer", verkleidet und garantieren die Durchsetzung US-amerikanischer Interessen. So wird es seit der Gründung 1944 praktiziert.

Doch innerhalb dieser Elite gibt es kleine, feine, aber entscheidende Unterschiede. Nach der Finanzkrise wurde routinemässig der französische Sozialist Dominique Strauss-Kahn neuer IWF-Direktor. Doch er liess erkennen, dass er mit EU-Staaten nicht so hart umgehen würde, wie von der Wall Street gefordert. Durch eine Sex-Affäre in einem New Yorker Hotel wurde er – vor Kameras abgeführt in Handschellen – öffentlich für die Funktion unmöglich gemacht. Selbstbewusst und elegant ersetzte ihn die Lagarde, die Frau, "die weiss, wie sie sich durchsetzen kann" bzw. durchsetzen soll. Sie hatte ja schon vorauseilend den Einsatz des IWF in der Troika mit durchgesetzt. "Sie nahm die Blanko-Zusage ihres Vorgängers Strauss-Kahn über eine grosse finanzielle Unterstützung zurück", bilanziert die Wirtschaftswoche.

Manchmal mahnte sie, auch in Richtung Deutschland, an, dass zu wenig in die Realwirtschaft investiert werde. Doch das war billiges, populistisches Theater für die Öffentlichkeit. Die Freiheiten ihrer Günstlinge schränkte sie nicht ein.

So ging die Ausplünderung, Verarmung, Privatisierung, Degradierung von Gewerkschaften und Arbeitsrecht in den EU-Krisenstaaten weiter – in Griechenland, Portugal, Irland, Zypern, mit Troika und IWF und Lagarde, gnadenlos. Mildtätig war Lagarde allerdings gegenüber der korrupten Oligarchen-Misswirtschaft

in der Ukraine – das US- und NATO-Lieblingskind, für das die Chefin von Baker McKenzie ein Jahrzehnt früher schon gut gesorgt hatte – die überschuldete Ukraine bekam weiter grosszügige IWF-Kredite. Und natürlich wurde damit der wirtschaftliche Absturz nicht aufgehalten. Eine Million arbeitslose Ukrainerlnnen verdingen sich im Ausland, vor allem in den Niedriglohnzonen Polens. Für so manche Frauen bleibt Billig-Prostitution im reichen Deutschland.

EZB-Präsidentin: Spekulation, Steuerflucht, wirtschaftlicher Niedergang

Wer EU-Staaten im Interesse westlicher Banken nachhaltig geschädigt hat, der hat sich für den Chefposten der Europäischen Zentralbank selbstbewusst qualifiziert.

Die EZB wurde unter dem bisherigen Präsidenten Draghi, der von Goldman Sachs kam, nach dem Vorbild der US-Zentralbank Federal Reserve umgemodelt. Die Big Three der US-Ratingagenturen, Standard & Poor's, Moody's und Fitch, in den Statuten der EZB verankert, geben die Kredit- und Anleihekonditionen für EU-Staaten, für den EU-Haushalt selbst sowie für die Unternehmen in der EU vor. Der in den Spekulationskrisen der 2000er Jahre aufgestiegene, jetzt grösste Kapitalorganisator der westlichen Welt, Black-Rock, wurde unter US-Präsident Obama nicht nur zum Berater und Abwickler der Finanzkrise in den USA.

BlackRock wurde auch Berater der EZB.

BlackRock & Co, Private-Equity-Investoren ("Heuschrecken") und Hedgefonds sammeln das Kapital der Superreichen – und von der Fed und der EZB verschaffen sie sich noch einmal etwa die gleiche Summe. Damit kaufen und verwerten sie die wirtschaftliche Substanz des westlichen Kapitalismus, spekulieren mit Aktien und anderen Wertpapieren, besorgen sich wie im Falle Bayer und Monsanto die 60 Milliarden für die Fusion, bei der diesseits und jenseits des Atlantiks viele tausend Arbeitsplätze wegfallen, dass Glyphosat weiter lukrativ verkauft und ein Monopol ausgebaut wird, die Preise erhöht und umweltförderliche Innovationen verhindert werden. BlackRock berät, BlackRock profitiert – und es profitiert, wie die Wirtschaftswoche durchaus eingesteht, die Minderheit der "Vermögenden". Selbst die kümmerlichen Sparbuchzinsen für die Kleinsparer fallen weg – nicht mal finanzielle Brosamen für die braven Unterklassen. Der fürsorgliche Schutz der 2000 griechischen vermögenden Steuerflüchtlinge durch die damalige französische Finanzministerin Lagarde – das kann sie in der EZB im viel grösseren Stil und mit offizieller EU-Komplizenschaft fortführen. Die vermögenden Kapitalgeber des EZB-Beraters BlackRock werden von BlackRock & Co professionell anonymisiert – Baker McKenzie kennt sich da auch aus – die Aktienpakete werden in der jeweils passenden Finanzoase zwischen Delaware und Luxemburg und Irland professionell versteckt. Die OECD stellte jetzt fest: Die "reichen" Staaten verlieren durch die systemische Steuerflucht jährlich 450 Milliarden Dollar.[4] Die für die Mehrheit der Bevölkerungen wichtige Infrastruktur, also öffentlicher Verkehr, Krankenhäuser, Schulen, Trinkwasser- und Abwassersysteme, Strassen, Wohnungen, verfällt – oder wird privatisiert und verteuert.

Damit die überstaatlich und professionell organisierte Steuerflucht mit guter Begründung weitergeht, haben die Finanzminister der Euro-Gruppe der neuen Chefin einen Chef-Volkswirt zur Seite gegeben: Philip Lane. Der hat natürlich in Harvard studiert, hatte eine Professur an der Columbia-Universität in New York und ist der Gouverneur der irischen Zentralbank. Er hat in der EZB u.a. darüber zu wachen, dass die von der EU zur Ansiedlung von Amazon, Apple, BMW, Deutsche Bank usw. aufgebaute Finanzoase ihr Geschäftsmodell weiterführen kann.

So wurde die EZB unter der Hand "zur einflussreichsten Institution Europas": "In der Finanzkrise hat die EZB selbstermächtigend ihre Kompetenzen ausgeweitet, hat nolens volens die Rolle des Ausputzers für reformscheue und ausgabefreudige Regierungen übernommen", schreibt die Wirtschaftswoche. Damit überschuldete und streng die Sozial- und Infrastruktur-Ausgaben kürzende Staaten dennoch weiter neue Kredite aufnehmen können, zugunsten der privaten Banken, hat die EZB rund ein Drittel aller ausstehenden Staatsanleihen aufgekauft.

Demokratische Umgründung Europas

Die EZB ist ein weiterer Grund, um die aktuell gestaltete EU grundsätzlich in Frage zu stellen. Von den Versprechen auf Demokratie, Wohlstand, Menschenrechte, Frieden ist nichts übriggeblieben. Der Brexit manifestiert die perverse, von Teilen der herrschenden, verunsicherten Klasse demagogisch selbstinszenierte Kritik an der EU. Dagegen steht die demokratische, menschenrechtliche, friedliche und nicht zuletzt wirtschaftliche und finanzielle Umgründung Europas steht an. Charme und Eleganz à la Lagarde – bestenfalls Stoff für zweitklassige Kölner Comedians.

Titelbild: Alexandros Michailidis/shutterstock.com

Letzte Buchveröffentlichung von Werner Rügemer: Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts. Gemeinverständlicher Abriss zum Aufstieg der neuen Finanzakteure, 356 Seiten, 19,90 Euro, Köln 2018 (The Capitalists of the 21st Century. An Easy-to-Understand Outline on the Rise of the New Financial Players, Hamburg 2019)

[«1] Wirtschaftswoche 12.7.2019

- [«2] Werner Rügemer: Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts. Köln 2018, S. 62ff.
- [«3] Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft. Weinheim, 1996, S. 71–82

[«4] Better data on shadow banking reveals uncomfortable truths, Financial Times 11.10.2019 Quelle: https://www.nachdenkseiten.de/?p=56097

Die Europäische Union - von Anfang an Instrument der US-Geostrategie

hwludwig Veröffentlicht am 4. November 2019

Die Europäische Gemeinschaft oder Union ist nicht geschaffen, um den Interessen der europäischen Völker zu dienen, sondern diese mit ihrer jeweiligen Souveränität in einer bürokratischen Organisation verschwinden zu lassen – einer wurzellosen übernationalen Staatsform, die nur eine Etappe auf dem Wege zu einem US-gesteuerten planetarischen Management, einer "Welt-Governance" darstellt. Zu diesem Ergebnis kommen die Archiv-Forschungen des französischen Politikers und Publizisten Philippe de Villiers in seinem neuen Buch. 1

Bereits im vorangehenden Artikel sind wesentliche Inhalte des Buches dargestellt worden, die auf inzwischen zugänglich gemachten Archiv-Dokumenten von und über zentrale Gründergestalten der europäischen Einigung beruhen. Sie sollen hier noch durch weitere Details konkretisiert und ergänzt werden. Da es noch keine deutsche Ausgabe des Buches gibt, ist zu dem <Le Figaro>-Interview und der Rezension in der Schweizer Zeitung "Zeit-Fragen", aus denen wir im vorigen Artikel zitiert haben, eine weitere Rezension mit anderen Schwerpunkten von Dr. Gerald Brei im September-Heft 2019 der Schweizer Monatsschrift "Der Europäer" eine wichtige Quelle, auf die wir uns nachfolgend zusätzlich beziehen können.2

Der Aufstieg Jean Monnets (1888-1979)

Schon früh konnte, so referiert Gerald Brei aus einem Kapitel de Villiers', Jean Monnet Kontakte zu einflussreichen Personen gewinnen. Als Vertreter des väterlichen Weinbrandunternehmens aus Cognac schloss er 1911, 23-jährig, in London einen exklusiven Liefervertrag mit dem anglo-kanadischen Handelshaus Hudson's Bay Company "und gewann bei dieser Gelegenheit einen ersten Mentor, Lord Kindersley, künftiger Direktor der Bank Lazard (und von 1914–1946 Direktor der Bank of England), der ihm als Gehilfen die Türen öffnet und wertvolle Kontakte in der Handelswelt verschafft. Monnet stieg jetzt in den grossen Hotels ab und wurde bald ganz anglo-amerikanisch. In einem Brief an Raymond Aron hat er selbst bekannt, dass er eine doppelte Treuepflicht empfindet, gegenüber England und den USA."

Im Herbst 1914 wurde ihm von der Hudsons's Bay Company die Mission anvertraut, dem französischen Premierminister René Viviani die Idee näherzubringen, Logistik und Handelsflotte des Unternehmens für die Armee der Alliierten gegen die Mittelmächte zu nutzen. "Zufällig" war der Anwalt des Familienunternehmens von Monnet, Maître Benon, zugleich auch der Anwalt des Regierungschefs Viviani. "So sind es freimaurerische Freundschaften, die es dem jungen Mann erlauben, vom Premierminister Viviani sofort selbst empfangen zu werden. In der Folge öffneten sich alle Türen des Grand Orient."

Die geschäftliche Verbindung mit der Hudson's Bay Company kam zustande, so dass Lord Kindersley seinem Protegé Monnet ausdrücklich gratulierte. Durch Monnets Vermittlung erhielt das Kanadische Handelshaus später sogar das Monopol für französische Einkäufe in Kanada.

Dies war aber offensichtlich nur der Anfang einer umfassenden Tätigkeit Monnets für die Alliierten während des Ersten Weltkrieges. Nach Wikipedia arbeitete Monnet in weiteren "interalliierten Einrichtungen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Es handelte sich dabei um paritätisch besetzte internationale Organe: zuerst binational britisch-französisch, dann trinational auch mit Italien und zuletzt auch mit den USA als viertem Partner. In dieser immer enger und straffer werdenden Organisation erfolgte die Koordination der kriegswirtschaftlichen Güternachfrage und -logistik der westlichen Alliierten. 1917 war so ein komplexes kriegswirtschaftliches Nachfrage-Kartell mit dem Allied Shipping Control als Zentrum entstanden. Es ging dabei um eine umfassende Verwaltung des kriegsbedingten Mangels und um eine effektive Regulierung der entstandenen heftigen Beschaffungs-Konkurrenz zwischen den Verbündeten."

Unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg knüpfte Jean Monnet in den USA, so referiert Gerald Brei aus de Villiers Buch weiter, ein weites persönliches Kontaktnetz, das er selbst "magischen Zirkel" nannte. So lernte er 1919 in der US-Reparationskommission von Versailles den Rechtsanwalt und späteren Aussenminister John Forster Dulles kennen und wurde eng mit ihm befreundet. Dieser verhalf ihm dann 1935 zur Gründung einer eigenen Bank mit seinem Freund George Murnane (Monnet, Murnane & Co., New York), in die er selbst investierte. Monnet befreundete sich auch mit dem einflussreichen Wallstreet-Banker Averell Harriman und wurde zusätzlich bei der Investmentfirma Blair & Co. (der späteren Bank of Amerika) aktiv, wo er mit dem Rechtsanwalt John McCloy einen weiteren engen Freund mit zahlreichen Verbindungen gewann.

"Dieser wurde später Präsident der Weltbank, Hochkommissar in Deutschland, Präsident der Chase Manhatten Bank, danach Präsident der Fordstiftung. Er wird auch Verwalter bei der Rockefeller-Stiftung und

von 1954 bis 1970 sogar Präsident des Council on Foreign Relations (von wo aus die US-Aussenpolitik bestimmt wird, hl). 1941 bis 1945 war John McCloy Unterstaatssekretär im Kriegsministerium und einer der beiden politischen Berater des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt, die Jean Monnet direkt führten. Der andere war Harry Hopkins, die graue Eminenz und einer der für den 'New Deal' verantwortlichen Theoretiker. Von diesem Hopkins druckt de Villiers einen Brief vom Februar 1943 an Monnet ab, der im Befehlston an einen Untergebenen abgefasst ist und Monnet auf eine geheime Mission nach Algier schickt, um der Politik der USA in Nordafrika zum Erfolg zu verhelfen." 3

Die Vereinigten Staaten in Europa

Nach dieser gründlichen Vorbereitung war Monnet nach Ende des Krieges der geeignete Mann, die US-amerikanische Vision für die künftige Gestaltung Europas durchzusetzen. Im April 1948 gründeten die Amerikaner in New York das "American Committee for a United Europe", das die bereits 1947 von Winston Churchill angestossene "Europäische Bewegung" strategisch und finanziell jahrzehntelang unterstützte. Wichtige führende Mitglieder wurden drei erstrangige Geheimdienstler, die alle Direktoren des CIA waren oder wurden: General William ("Will Bill") Donovan, Walter Bedell Smith und Allen Dulles, der Bruder von John Forster Dulles.

Eine genauere Beschreibung dieses Committees und seines Wirkens im Zusammenhang mit Graf Coudenhove-Kalergi findet sich mit weiteren Ergänzungen zum Thema in: Hintergründe der europäischen Integrationsbewegung.

Von Monnet gingen nun die entscheidenden Initiativen zur europäischen Einigung aus. Von ihm stammte der Plan zur Schaffung einer übernationalen Behörde, die die Stahlindustrien Westeuropas, also auch Deutschlands verwalten und kontrollieren sollte. Der Plan wurde 1950 als Schumann-Plan bekannt, stammte aber von Monnet. Das neue Gebilde, die "Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl", war der entscheidende Keim der heutigen Europäischen Union, der von vornherein als voller Staat angelegt wurde: mit einer Exekutivbehörde, einem Parlament und einem Gerichtshof. Von 1953 bis 1955 war Monnet der erste Präsident.

1955 gründet er, teilweise vom CIA finanziert, das "Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa", "in dem er", wie der Historiker Andreas Bracher schreibt, "Vertreter der wichtigsten Parteien, Gewerkschaften und Unternehmerverbände der Mitgliedstaaten zusammenbringt. (…) Das 'Aktionskomitee' blieb der Öffentlichkeit zwar weitgehend verborgen, war aber bis zu seiner Auflösung 1975 das wohl wichtigste Zentrum, von dem aus jenes Unternehmen vorangetrieben wurde, dem sich Monnet verschrieben hatte: der europäische Einheitsstaat." 4

Interessant ist, worauf Gerald Brei hinweist, dass Monnet dieses "Aktionskomitee" 1955 gründete, nachdem er 1954 bei der Gründungskonferenz der Bilderberger dabei gewesen war.

Aus Deutschland waren z.B. Mitglieder des Monnet-Komitees: Kurt Birrenbach, Hans Furler, Kurt Georg Kiesinger, Heinrich von Brentano (alle CDU); Erich Ollenhauer, Willy Brandt, Helmut Schmidt, Walter Freitag (alle SPD) und der Deutsche Gewerkschaftsbund (Wikipedia). Helmut Schmidt war voll des Lobes über Monnets Weitblick und Detailkenntnis und sprach mit Bewunderung und Verehrung von ihm. Eine rührende Gutgläubigkeit und zugleich erschreckende Realitätsblindheit.

"De Villiers betont", hebt Gerald Brei hervor, "dass die Lüge für die EU konstitutiv und nicht nur peripher ist. Das angestrebte Ziel, das globalistische Projekt, sei niemals genannt worden, sondern wurde sorgfältig versteckt und mit schön klingenden Phrasen überdeckt."

Rita Müller-Hill zitiert de Villiers mit den Worten:

«Was in diesem grundlegenden Chaos auffällt, ist die Geheimhaltung bei der Abfassung der Texte; die Protagonisten schreiben sich ausserhalb des Rahmens der Institutionen; Schuman gestand später: 'Es war Jean Monnet, der mit seinen Mitarbeitern in einem kleinen Hotel in der Rue de Martignac, in wenigen Monaten ohne das Wissen der Öffentlichkeit oder gar der Regierung, die Idee der Gemeinschaft für Kohle und Stahl entworfen hat.' 5

Und schon bei dieser Gründung habe Monnet bekannt: "Unsere Gemeinschaft ist keine Vereinigung der Hersteller von Kohle und Stahl, sie ist in Wirklichkeit der Anfang von Europa, das die Vorwegnahme einer weltweiten Vereinigung ist. 6

Das bedeutet, dass die EU die Vorstufe zu einem US-gesteuerten planetarischen Management, einer "Welt-Governance" darstellt, was Churchill schon 1947 in London ankündigte. 7

Das Recht im Dienst von Wirtschaft und Politik

Gerald Brei hebt hervor, dass de Villiers eindringlich schildere, wie die sogenannten vier Grundfreiheiten der EU zur Schaffung des Binnenmarktes: freier Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital, das Recht in den Dienst der Nützlichkeit stellen. Alles werde dem Ziel des Binnenmarktes untergeordnet. "Sämtliche Grenzen werden aufgelöst, seien es Staatsgrenzen oder Unterschiede in den Rechtsund Sozialsystemen. Selbst die einzelnen Rechtsordnungen konkurrieren auf dem Markt der Gesetze und können frei gewählt werden. Nicht einmal die Menschenwürde hat absoluten Stellenwert, sondern muss

nach der Rechtsprechung des Gerichtshofs der EU mit den Erfordernissen hinsichtlich der durch den Vertrag geschützten Rechte in Einklang gebracht werden und unterliegt dem Verhältnismässigkeitsprinzip."

Hier ist das Recht aus seiner Verwurzelung in der allgemeinen Moral, den ethisch-sittlichen Auffassungen der Menschen, herausgelöst. Das Recht ist aber seinem Wesen nach Teil des moralischen Lebens, und zwar der Teil, der wegen seiner besonders gravierenden Wirkung auf das gesellschaftliche Leben aus der Freiheit des Handelns herausgenommen und allgemein verbindlich gemacht wird. Das wirkliche Recht ist daher im Rechtsgefühl der Menschen verankert, das ein Gefühl der Gerechtigkeit, d.h. der Moralität ist. Wird das Recht den pragmatischen politischen Zielen und wirtschaftlichen Interessen der Unternehmen (d.h. der Kapitaleigentümer) unterworfen, verliert es den Zusammenhang mit der Moral, so dass Recht und Gerechtigkeit auseinanderdriften. Damit haben wir es in der EU in weitestem Umfange zu tun.

So ist es folgerichtig, dass "weder die Richter (des EuGH) noch die Europäische Kommission (welche die Gesetzesinitiative hat) demokratisch legitimiert (sind) und nicht zur Rechenschaft gezogen werden (können). Das ist von Anfang an so geplant gewesen. Die Herrschaft der elitären Technokraten unterliegt keiner Kontrolle, weil es keine Gewaltenteilung gibt. Das traditionelle Verständnis von Macht (im Gleichgewicht gehalten durch andere Kräfte und verbunden mit politischer Verantwortung) sei immer mehr durch den diffusen Begriff des Regierens auf mehreren Ebenen ersetzt worden. De Villiers hält das für symptomatisch, weil das System auf diese Weise ohne starke bürgerliche Persönlichkeiten funktioniert. Die Akteure der "governance" würden entkörperlicht und man könne an die Spitze der EU-Kommission einen xbeliebigen Trunkenbold setzen. Das hätte keine Bedeutung mehr."

Die Institutionen entwickeln ein Eigenleben, das sich immer mehr den Einflüssen der Menschen entzieht. Der Historiker Andreas Bracher weist darauf hin, dass dies die Handschrift Jean Monnets sei, der die Macht der Institutionen von Anfang an veranlagt habe, um sie über den Tod der Persönlichkeiten hinweg dauerhaft zu machen. Monnet habe einmal ausgeführt: "Jeder Mensch beginnt die Welt von vorne. Nur Institutionen werden weiser; sie speichern die kollektive Erfahrung; und von dieser Erfahrung und Weisheit her werden die Menschen, die denselben Gesetzen unterworfen sind, schrittweise feststellen, nicht, dass sich ihre Natur, aber dass sich ihr Verhalten ändert."

Darin komme ein prinzipielles Misstrauen gegen das menschliche Individuum zugunsten der Institutionen als der eigentlich weltgeschichtlichen Individualitäten zum Ausdruck. "Institutionen sind, wie ich schon gesagt habe, wichtiger als Menschen", heisse es in Monnets Erinnerungen.8 Ein- und Ausblicke

"Von Anfang an", resümiert Gerald Brei, "ging es um die Auflösung der historisch gewachsenen Nationalstaaten, um die Übertragung ihrer Souveränität auf ein supranationales Gebilde (eine Institution, hl). (...) Die Protagonisten hätten zwar von einer Stärkung Europas gesprochen, der Bildung einer europäischen Supernation, doch sei es tatsächlich und im Geheimen um eine Enthauptung Europas gegangen, reduziert auf einen Vasallenstatus, entfremdet, unterworfen und machtlos. Nach de Villiers haben die "Gründerväter" gut gearbeitet. Die "Vereinigten Staaten von Europa" seien die Vereinigten Staaten in Europa. Die Europäische Bewegung hatte nach dem Ergebnis seiner Recherchen nichts Europäisches. Sie war von den US-Amerikanern vollständig infiltriert und gesteuert." (Gerald Brei)

Und Rita Müller-Hill zitiert dazu de Villiers passend: "Diese Governance arbeitet seit dreissig Jahren daran, nicht etwa «Europa aufzubauen» – das heisst, die historische Kontinuität einer Zivilisation zu sichern –, sondern im Gegenteil, alles zu dekonstruieren, um seine emotionalen Gemeinschaften zu untergraben und ihre grundlegenden Grenzen und Orientierungspunkte zu vernichten. Es geht nicht darum, eine «Europazität» aufzubauen, sondern eine «Globalität», einen geschichts- und formlosen weiten Spielplatz, der von austauschbaren Menschen bevölkert ist." 9

Hier spielt de Villiers auf die von den Globalisten auch in der EU betriebene Massenzuwanderung aus kulturfremden Ländern an, durch die die Völker – nach dem Verlust ihrer Souveränität in der EU-Institution – auch ihre kulturelle Identität und die Menschen ihre Orientierung verlieren sollen.

In dem Interview mit Le Figaro antwortet er auf die Frage, was er nun mit seinem Buch aufzeigen wolle:

"Dass das heutige Europa, ohne Körper, ohne Kopf, ohne Wurzeln, ohne Grenzen, keine falsche Umsetzung darstellt. Die geöffneten Archive liefern den Beweis: Das dekonstruktive Gen, das die Europäische Union unterhöhlt, befand sich in der DNA der «Gründerväter». Das Programm war von Anfang an festgelegt. Sie wussten, was sie taten und was sie wollten: eine gehirnlose Governance, um sich auf einen globalen Massenmarkt zuzubewegen. Wir sind weit entfernt von einem unabhängigen Europa.

Die beiden von Anfang an vorhandenen aktiven Prinzipien, die Personenfreizügigkeit und die Nichtdiskriminierung, haben wie Radiumstufen gewirkt, die die beiden vor uns liegenden grundlegenden Zivilisationsveränderungen hervorgebracht haben, das Soros-Europa und den Marrakesch-Pakt (UN-Migrationspakt): Das erste Prinzip – die Personenfreizügigkeit – war die Vorstufe zur Abschaffung der physischen Landesgrenzen, die den austauschbaren, multi-unkultivierten Menschen hervorbringt. Und das zweite, die Nichtdiskriminierung, hat das Ende der anthropologischen Grenze vorbereitet, welche einen «Sandmann» hervorbringt, ohne Humus und ohne Nachkommenschaft."

- 1 Philippe de Villiers: J'ai tiré sur le fil du mensonge et tout est venu. Paris Fayard, 2019 (Deutsch: Ich habe an einem Faden des Lügengespinstes gezogen, und es ist alles ans Licht gekommen) Das Buch gibt es noch nicht in deutscher Übersetzung.
- 2 Gerald Brei in Der Europäer Nr. 23, September 2019
- 3 a.a.O.
- 4 Andreas Bracher: Europa im Amerikanischen Weltsystem, Basel 2001, S. 84
- 5 zeit-fragen.ch
- 6 Zitiert nach Gerald Brei Anm. 2
- 7 zitiert in: Die EU als Vorstufe zu einer Weltregierung
- 8 Anm. 4, S. 91
- 9 Zitiert nach Anm. 5

Siehe auch: Die EU als Vorstufe zu einer Weltregierung

Quelle: https://fassadenkratzer.wordpress.com/2019/11/04/die-europaeische-union-von-anfang-an-instrument-derus-geostrategie/

Lawrow äussert Zweifel an Baghdadi-Tötung und warnt vor US-Militarisierung in Europa

4.11.2019 • 16:29 Uhr



Lawrow äussert Zweifel an Baghdadi-Tötung und warnt vor US-Militarisierung in Europa

Der russische Aussenminister Sergei Lawrow hat den angeblich getöteten Anführer des selbst ernannten Islamischen Staats, Abu Bakr al-Baghdadi, in einem Interview mit dem russischen Rossija 24 am Freitag eine "US-Schöpfung" genannt.

"Der IS selbst entstand nach der illegalen US-Invasion im Irak, dem Zusammenbruch des irakischen Staates und der Freilassung von Extremisten aus den Gefängnissen, die dort von den Amerikanern festgehalten und dann befreit wurden. Deshalb haben die Amerikaner bis zu einem gewissen Grad den eliminiert, den sie selbst erschaffen haben, wenn es denn wirklich passiert ist", erklärte Lawrow und fügte hinzu, dass das russische Militär noch immer die Fakten der angeblichen US-Razzia gegen Baghdadi studiert, aber "die meisten Dinge, die von den USA erzählt werden, immer noch nicht bestätigen" können.

Der russische Aussenminister äusserte auch grosse Besorgnis in Hinblick auf die Zerstörung der internationalen Rüstungskontrolle und Abrüstung, da die USA ein Abkommen nach dem anderen platzen lassen: Die letzten Massnahmen der Amerikaner scheinen darauf hinzudeuten, dass sie nichts dagegen haben, das gesamte System der internationalen Verträge zu ruinieren, zumindest nicht im Bereich der strategischen Stabilität und Rüstungskontrolle.

Diesbezüglich bedauerte er auch, dass es in Europa kein starkes Dagegenhalten gebe, während die USA im Begriff sind, europäisches "Territorium in ein potenzielles militärisches Konfliktgebiet zu verwandeln".

Es ist an der Zeit, mit Russland eine Sicherheitsarchitektur in Europa aufzubauen, aber nicht gegen Russland. Gleichzeitig wächst die Einsicht, dass Amerika sie in Frankreich und in einer Reihe anderer europäischer Länder zu seinem eigenen Vorteil nutzen will, vor allem im Interesse seines militärisch-industriellen Komplexes, und nicht zur Verteidigung Europas.

Quelle: https://deutsch.rt.com/kurzclips/94262-lawrow-aeusserst-zweifel-an-baghdadi-tod/



Mehr als 11 000 Wissenschaftler rufen Klimanotstand aus

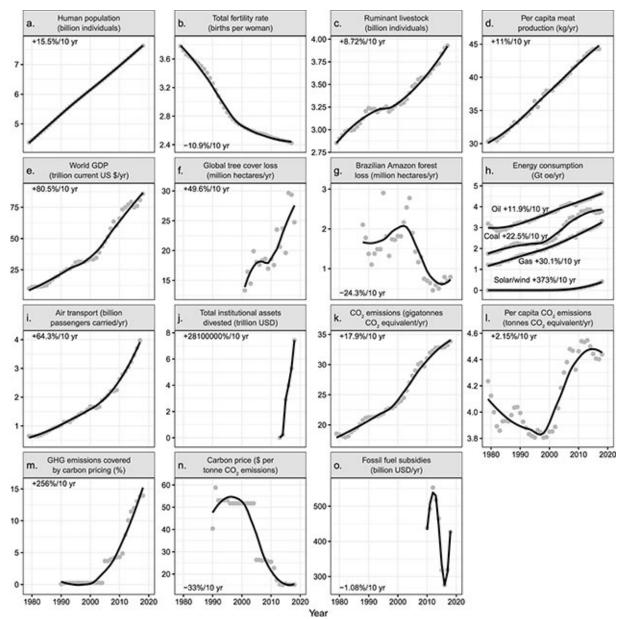
Andreas Müller. 05/11/2019



Symbolbild: Klimawandel. Copyright: jodylehigh (via Pixabay.com) / Pixabay License Copyright: jodylehigh (via Pixabay.com) / Pixabay License

Sydney (Australien) – In einer gemeinsamen Erklärung haben mehr als 11.000 Wissenschaftler aus 153 Ländern den "Klimanotstand" ausgerufen und warnen eindringlich davor, dass "unermessliches menschliches Leiden" unvermeidbar sei, wenn nicht umgehend tiefgreifende und dauerhafte Veränderungen jener menschlichen Aktivitäten ergriffen werden, die zu Treibhausgasemissionen und anderen Faktoren im Zusammenhang mit dem Klimawandel beitragen.

Grundlage der Erklärung ist eine wissenschaftliche Analyse von seit mehr als 40 Jahren öffentlich zugänglichen Daten, die ein breites Spektrum von Massnahmen abdecken, darunter Energieverbrauch, Oberflächentemperatur, Bevölkerungswachstum, Rodung, Entwaldung, polare Eismasse, Fruchtbarkeitsraten, Bruttoinlandsprodukt und Kohlenstoff-Emissionen.



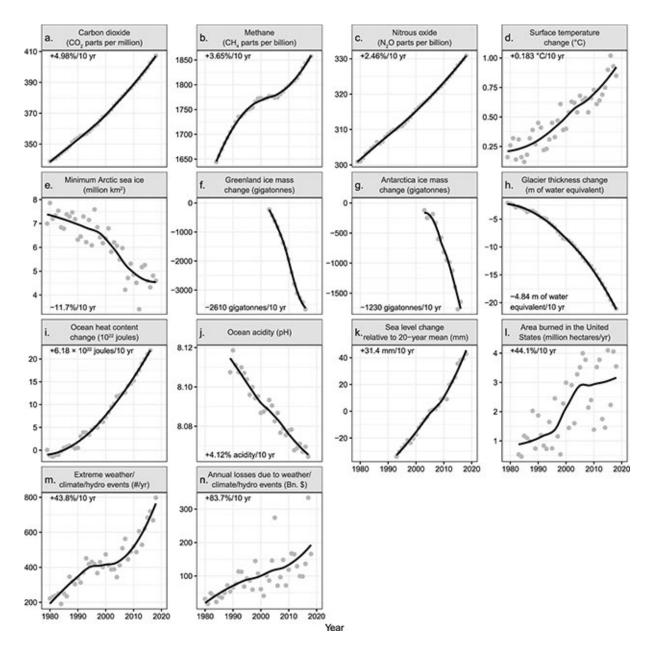
Wie die Wissenschaftler u.a. um Newsome aktuell im Fachjournal, BioScience" (DOI: 10.1093/biosci/biz 088) berichten, stellen die Daten Trends als Richtwerte dar. Anhand dessen lassen sich die Fortschritte messen und sechs Aktionsbereiche zur Abschwächung der schlimmsten Auswirkungen des vom Menschen verursachten Klimawandels skizzieren.

"Trotz 40 Jahren bedeutender globaler Verhandlungen haben wir meist wie gewohnt weiterhin Geschäfte getätigt und können diese Krise im Wesentlichen nicht bewältigen", bemerkt Professor William Ripple von der Oregon State University. "Der Klimawandel ist da und beschleunigt sich schneller als viele Wissenschaftler es erwartet haben."

Während auch weiterhin die Messung der globalen Oberflächentemperaturen wichtig bleiben, müsse darüber hinaus ein breiteres Spektrum von Indikatoren überwacht werden, einschliesslich des Wachstums der menschlichen Bevölkerung, des Fleischkonsums, des Verlusts an Baumbestand, des Energieverbrauchs, der Subventionen für fossile Brennstoffe und der jährlichen wirtschaftlichen Verluste bei extremen Wetterereignissen. Dies seien nützliche Indikatoren für die Öffentlichkeit, die Politik und die Geschäftswelt, um den Fortschritt im Laufe der Zeit zu verfolgen.

"Wissenschaftler haben die moralische Verpflichtung, die Menschheit vor jeder grossen Bedrohung zu warnen", erläutert Dr. Thomas Newsome von der School of Life and Environment Sciences an der University of Sydney."

Grundlage der Erklärung ist eine wissenschaftliche Analyse von seit mehr als 40 Jahren öffentlich zugänglichen Daten, die ein breites Spektrum von Massnahmen abdecken, darunter Energieverbrauch, Oberflächentemperatur, Bevölkerungswachstum, Rodung, Entwaldung, polare Eismasse, Fruchtbarkeitsraten, Bruttoinlandsprodukt und Kohlenstoff-Emissionen.



Die Grafiken zu kritischen menschlichen Aktivitäten seit 1979 (siehe Grafikserie oben) unterstreichen den aktuellen Klimanotstand und stehen mit mindestens einer klimatischen Reaktion im selben Zeitraum (siehe Grafikserie unten) direkt in Verbindung. Klicken Sie auf die jeweilige Bildmitte, um zu einer vergrösserten Version zu gelangen.

Copyright: Newsome et al., BioScience 2019

"Obwohl der derzeitige Zustand mehr als besorgniserregend sei, sei zugleich noch nicht alles vergebens und hoffnungslos: "Wir können noch Schritte unternehmen, um den Klimanotfall anzugehen", so Dr. Newsome.

Gemeinsam weisen die Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen auf sechs Bereiche hin, in denen die Menschheit sofort Schritte unternehmen sollte, um die Auswirkungen eines sich erwärmenden Planeten zu verlangsamen:

1.

Energie

Massive Naturschutzpraktiken einführen; fossile Brennstoffe durch saubere erneuerbare ersetzen; verbleibende Vorräte an fossilen Brennstoffen im Boden belassen; Abschaffung von Subventionen für Unternehmen für fossile Brennstoffe; und CO₂-Gebühren zu erheben, die hoch genug sind, um die Verwendung fossiler Brennstoffe einzuschränken.

2.

Kurzlebige Schadstoffe

Reduzieren Sie schnell die Emissionen von Methan, Fluorkohlenwasserstoffen, Russ und anderen kurzlebigen Klimaschadstoffen. Dies hat das Potenzial, den kurzfristigen Erwärmungstrend in den nächsten Jahrzehnten um mehr als 50 Prozent zu reduzieren.

3.

Natur

Grossflächige Landrodungen vermeiden. Wiederherstellung und Schutz von Ökosystemen wie Wäldern, Wiesen und Mangroven, die in hohem Masse zur Abscheidung von Kohlendioxid, einem wichtigen Treibhausgas, in der Atmosphäre beitragen.

4.

Essen

Essen Sie hauptsächlich Pflanzen und konsumieren Sie weniger tierische Produkte. Diese Ernährungsumstellung würde den Ausstoss von Methan und anderen Treibhausgasen erheblich verringern und landwirtschaftliche Flächen für den Anbau von Nahrungsmitteln anstelle von Viehfutter freisetzen. Die Reduzierung der Lebensmittelverschwendung ist ebenfalls von entscheidender Bedeutung – die Wissenschaftler sagen, dass mindestens ein Drittel aller produzierten Lebensmittel im Müll landen.

5

Wirtschaft

Konvertieren Sie die Abhängigkeit der Wirtschaft von Kohlenstoffbrennstoffen, um die Abhängigkeit des Menschen von der Biosphäre zu bekämpfen. Verschieben Sie Ihre Ziele weg vom Wachstum des Bruttoinlandsprodukts und dem Streben nach Wohlstand. Reduzieren Sie die Gewinnung von Materialien und die Nutzung von Ökosystemen, um die langfristige Nachhaltigkeit der Biosphäre zu gewährleisten.

6.

Population

Stabilisierung der Weltbevölkerung, die täglich um mehr als 200 000 Menschen zunimmt, mithilfe von Ansätzen, die soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit gewährleisten.

In der Studie heisst es weiter: "Die Eindämmung und Anpassung an den Klimawandel bedeutet, die Art und Weise, wie wir regieren, wirtschaften, essen und die Material- und Energieanforderungen erfüllen, zu verändern".

Zugleich zeigen sich die Autoren des Papers ermutigt durch die jüngste weltweite Besorgnis: "Regierungen verabschieden neue Richtlinien, streikende Schüler, Gerichtsverfahren und Bürgerbewegungen an der Basis, die Veränderungen fordern."

Anhand der vorgelegten Grafiken wollen die Autoren veranschaulichen, wie sich die Indikatoren und Faktoren des Klimawandels in den letzten 40 Jahren verändert haben, seit sich Wissenschaftler aus 50 Nationen 1979 auf der Ersten Weltklimakonferenz in Genf getroffen haben.

"In den folgenden Jahrzehnten haben sich mehrere andere globale Versammlungen darauf geeinigt, dass dringende Massnahmen erforderlich sind, aber dennoch steigen Treibhausgasemissionen rapide an. Andere bedrohliche Anzeichen menschlicher Aktivitäten sind ein anhaltender Anstieg der Pro-Kopf-Fleischproduktion, der Verlust der weltweiten Baumbedeckung und die Anzahl der Fluggäste.

Es gebe aber auch einige ermutigende Anzeichen – einschliesslich sinkender weltweiter Geburtenraten und verlangsamter Waldverluste im brasilianischen Amazonasgebiet sowie wachsender Wind- und Sonnenenergie –, aber selbst diese Anzeichen werten die Autoren des Fachartikels teilweise als besorgniserregend: "Beispielsweise hat sich der Rückgang der Geburtenraten in den letzten 20 Jahren verlangsamt, und das Tempo des Waldverlusts im Amazonas könnte wieder zunehmen. Die globale Oberflächentemperatur, der Wärmegehalt des Ozeans, das extreme Wetter und seine Kosten, der Meeresspiegel, der Säure-

gehalt des Ozeans und die Landfläche steigen. Das Eis verschwindet rapide, wie die rückläufigen Trends im arktischen Meereis, in Grönland und in der Antarktis sowie die Gletscherdicke zeigen. Alle diese rasanten Veränderungen unterstreichen den dringenden Handlungsbedarf."

WEITERE MELDUNGEN ZUM THEMA

Studie zeigt: Aktueller Klimawandel ist kein natürlicher Vorgang mehr 25. Juli 2019

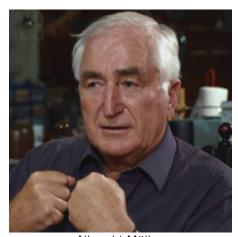
Studie: Können (ausserirdische) Zivilisationen einen selbst herbeigeführten Klimawandel überstehen?

8. Juni 2018. Quelle: University of Sydney © grenzwissenschaft-aktuell.de

Quelle: https://www.grenzwissenschaft-aktuell.de/mehr-als-11-000-wissenschaftler-rufen-klimanotstand-

aus20191105/

Mord und Totschlag, und Todesdrohungen. So sieht es in westlichen Demokratien aus. Trotzdem herrscht immer noch der Glaube: Wir sind die Guten.



Albrecht Müller, 5. November 2019 um 11:08

Ein NachDenkSeiten-Leser schickte uns diesen Kommentar "Putin-Net. Markus Lachmann zur Meinungsfreiheit in Russland". Er ist am 1. November in der Allgemeinen Zeitung Mainz erschienen. Offensichtlich geschrieben von einem der wieder auferstandenen Kalten Krieger. Er vermag die Welt in gut und böse aufzuteilen. Wir hier im Westen sind die Guten, obwohl hierzulande wie auch in Grossbritannien und anderswo politisch aktive Menschen mit dem Tod bedroht werden und auch wirklich ermordet werden. Eine tolle Demokratie! – Wie sogar die Tagesschau heute feststellte. Albrecht Müller.

"Britische Abgeordnete in Angst. Ich trete nicht mehr an".

In Grossbritannien kandidieren mehrere Abgeordnete und Minister nicht mehr für ihr Amt, weil sie zunehmend bedroht werden. Ihnen allen ist noch die Ermordung der Labour-Abgeordneten Cox in Erinnerung.

Von Imke Köhler, ARD-Studio London

"Ich habe Todesdrohungen erhalten, Leute, die getwittert haben, dass ich gehängt werden sollte, falls, Zitat: 'sich ein Baum finden lässt, der das Gewicht der fetten Nutte aushält'." Erfahrungen der schwarzen Labour-Politikerin Diane Abbott. Sie ist eine der vielen Abgeordneten, die bedroht werden. ...

Hierzulande werden Özdemir und Roth mit dem Tod bedroht. Das ist alles nicht zum Lachen. Schliesslich sind zehn Menschen von einer einzigen Nazi-Nachfolgeorganisation, vom NSU, umgebracht worden.

Die Verhältnisse in Russland mögen schlimm und undemokratisch sein. Aber wer darüber herzieht wie der Kommentator der Mainzer Allgemeinen, der sollte den Bericht von Imke Köhler vom ARD-Studio in London zur Kenntnis nehmen – auch den letzten Absatz und Satz, der lautet: "... dann laufen wir Gefahr, die Demokratie in diesem Land zu verlieren". Im Zusammenhang:

Lindsay Hoyle, der neue Parlamentspräsident, hatte sich angesichts dieser Entwicklung schon vor Monaten äusserst besorgt gezeigt:

"Es ist das Ausmass der Bedrohung, das wir so bisher nicht kannten. Tatsache ist, wenn sich Abgeordnete an mich wenden und sagen: 'Lindsay, ich trete nicht mehr an, ich fühle mich nicht sicher, ich muss an meine Familie denken!', dann laufen wir Gefahr, die Demokratie in diesem Land zu verlieren." Quelle: https://www.nachdenkseiten.de/?p=56131

Zynische Verlogenheit

von Winfried Wolk Dienstag, 5. November 2019, 15:00 Uhr Quelle: https://www.nachdenkseiten.de/?p=56131

Während über die Rückkehr der Krim zu Russland Entrüstung herrscht, wird die völkerrechtswidrige Annexion Nordsyriens durch die Türkei im Westen schöngeredet.

Unsere Politiker legen seit langem unterschiedliche Bewertungsmasstäbe an ihr eigenes Verhalten und das der Regierenden anderer Länder an. Die Beharrlichkeit, mit der sie dies tun, und die Tatsache, dass die Medien ihre Aufgabe als vierte Gewalt und kritische Instanz nicht mehr wahrnehmen, lassen auch für die Zukunft nichts Gutes erwarten. Der neue Feind ist ausgemacht: Es ist stets der alte, lange schon bekannte. Um auch völkerrechtswidrige Aktionen in der Öffentlichkeit begründen zu können, ist die Welt sorgsam in "gut" und "böse" aufgeteilt. Mittlerweile ist die waltende Schizophrenie derart offensichtlich, dass jeder einigermassen nachdenkliche Mensch alarmiert sein muss.



Foto: Orlok/Shutterstock.com

Die gegenwärtige Lage im geschundenen Syrien

Seit 2011 versuchen fremde Mächte, in Syrien entscheidenden Einfluss zu gewinnen. Nicht nur seit dieser Zeit ist es die Regel, derlei Bemühen mit harmlos-freundlichen Worten zu kaschieren. Damals nannten sich die bemühten Okkupanten – zu denen neben den USA Jordanien, Katar, Saudi Arabien, den Vereinigten Emiraten, Ägypten, der Türkei auch Deutschland, Frankreich, Italien und Grossbritannien gehören – heuchlerisch "Freunde Syriens". Diesen "Freunden" ging und geht es aber nie um Hilfe für die syrische Bevölkerung, "sondern um Einflussnahme auf die Neugestaltung des Landes nach einem voraussichtlichen Sturz des derzeitigen Regimes, obwohl man mit diesem bisher stets gut zusammenarbeiten konnte.

"Mehrere, seit längerem geplante, für den Westen wichtige Öl- und Gaspipelines stehen auf dem Spiel, die Saudi Arabien und Katar mit dem östlichen Mittelmeerraum und der Türkei verbinden und deshalb partiell durch syrisches Gebiet führen sollen."

So zu lesen am 24. Juli 2012 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) unter dem Titel: "Und ihr denkt, es geht um einen Diktator". Das ist lange her und leider längst vergessen.

Heute, sieben Jahre sowie mehrere Hunderttausend Tote und Millionen von Vertriebenen später, ist das Erreichte einem dieser "Freunde", der Türkei, zu wenig. Deshalb liess Präsident Recep Tayyip Erdoğan am 9. Oktober 2019 sein Militär ganz offiziell in nordsyrisches Staatsgebiet einmarschieren, um einen Teil des Territoriums zu annektieren.

Die kurdische Miliz YPG bedrohe türkisches Staatsgebiet, so die Begründung. Seiner Aktion gab er den euphemistischen Namen "Operation Friedensquelle" und beweist damit, dass es zu den üblichen Gepflogenheiten gehört, mit zynisch-verlogener Wortwahl auch ganz offensichtliche völkerrechtswidrige Vorhaben zu kaschieren. Natürlich sprudelt aus dieser Quelle kein Frieden. Zumal Erdoğan bei seinem Unternehmen auf fremdem Territorium nicht nur türkisches Militär einsetzt, um die Kurden aus dem Grenzgebiet zur Türkei zu vertreiben, sondern auch islamistische Terrormilizen. Die werden zwar offiziell bekämpft, jedoch gern auch als Verbündete genutzt und dabei verbal in "Rebellen" oder neuerdings auch in "Freischärler" umgetauft.

Das aktuelle Vorgehen unserer türkischen NATO-Verbündeten müsste eigentlich für weltweites Entsetzen sorgen, verüben sie doch schlimme Verbrechen. Doch in der Berichterstattung unserer Medien werden selten verstörende Bilder der "Operation Friedensquelle" gezeigt.

Bisher wurden bereits eine grössere Anzahl Zivilisten getötet und laut UN-Angaben mehr als hunderttausend Menschen vertrieben. Unter den Ermordeten ist auch die 35-jährige kurdische Frauenrechtlerin und Generalsekretärin der Partei Zukunft Syriens (FSP) Hevrin Khalaf, die am 12. Oktober 2019 auf der Überlandstrasse M4 zwischen den nordsyrischen Städten Kamischli und Manbidsch von islamistischen Terroristen der Dschihadistenmiliz Ahrar al-Sharqiya aus ihrem Auto gezerrt und gemeinsam mit ihrem Fahrer regelrecht hingerichtet wurde, wie ich am 15. Oktober im Hamburger Abendblatt lesen konnte.

Bundeskanzlerin Angela Merkel bezeichnete die türkische Militäroperation gegen die Kurdenmiliz YPG in ihrer Regierungserklärung im Bundestag als ein "humanitäres Drama" und erklärte, dass die Bundesregierung "unter den jetzigen Bedingungen" keine Waffen mehr an die Türkei liefern werde.

Doch ist das eben nicht die Wahrheit: Die Bundesregierung erteilt nur keine neuen Genehmigungen für Rüstungsexporte, was im Klartext bedeutet, dass aktuell weiterhin Waffen geliefert werden. Auch erwähnt Merkel die brutale Ermordung Hevrin Khalafs mit keinem Wort. Die anderen europäischen Staaten und die USA nehmen dieses Verbrechen ebenfalls kaum zur Kenntnis – von ihnen wird weder der Mord an Hevrin Khalaf beklagt, geschweige denn mit Sanktionen geahndet. Es gibt keinen Aufschrei, nirgendwo! Für die Weltpolitik ist der Mord an einer namhaften Politikerin belanglos unter den Tisch der westlichen Wertegemeinschaft gefallen.

Unterschiedliche Bewertung der Menschenrechte

Wie anders war doch da die Reaktion auf den Giftanschlag an dem ehemaligen Doppelagenten Sergej Skripal im englischen Salisbury. Sofort war der einzige – für die Inszenierung weltpolitischer Spannungen – Schuldige zur Hand. Weltweit kochte die Empörung wochenlang hoch.

Ohne zu zögern, verlautbarte das Weisse Haus, der Vorfall passe "zu einem Verhaltensmuster, in dem Russland die auf Regeln beruhende internationale Ordnung missachtet, die Souveränität und Sicherheit von Ländern weltweit untergräbt". Und folgsam bestanden übereinstimmend Kanzlerin Angela Merkel, Präsident Emmanuel Macron und Premierministerin Theresa May auf einer "starken europäischen Antwort" auf Russlands Vorgehen.

Der damalige britische Aussenminister Boris Johnson meinte sogar, dass Wladimir Putin die Fussballweltmeisterschaft genauso missbrauchen würde wie Hitler 1936 die Olympischen Spiele.

Obwohl nichts bewiesen und die Untersuchungen des Vorfalles gerade begonnen hatten, wurden damals ohne zu zögern sofort entschiedene Massnahmen eingeleitet. Russische Diplomaten mussten nicht nur umgehend Grossbritannien verlassen, auch die USA und nahezu alle westliche Staaten warfen aus Solidarität mit dem so hinterhältig angegriffenen Grossbritannien russische Diplomaten aus dem Lande.

Ausserdem plante man ein breit angelegtes Paket möglicher Strafen: Die Sanktionen gegen Russland sollten ausgebaut, das Vermögen russischer Oligarchen in Grossbritannien eingefroren, die NATO-Präsenz an der russischen Grenze aufgestockt, russische Banken vom internationalen Finanzdatenaustauschverfahren Swift ausgeschlossen, Russland des staatlichen Terrorismus bezichtigt, die Fussballweltmeisterschaft im Sommer boykottiert und dem russischen TV-Sender RT die Sendelizenz entzogen werden.

Merkwürdigerweise überlebten Vater und Tochter Skripal den Anschlag mit einem der tödlichsten Nervengifte. Nach wenigen Tagen wurde Tochter Julia gesund aus dem Krankenhaus entlassen, einige Wochen später Vater Sergej. Seitdem allerdings hat niemand mehr ein Lebenszeichen von den beiden russischen Staatsbürgern gesehen oder gehört. Zwar ist die Beweislage bis heute nach wie vor dürftig und stützt sich ausschliesslich auf Vermutungen, doch die westlichen Politiker "glauben" mit ganzer Kraft, dass nur Putin für einen solchen Mord verantwortlich sein kann.

Und dann gab es auch noch den "heimtückischen Mord" an dem "bekanntesten" Kriegsreporter Russlands und entschiedenen Kremlgegner Arkadij Babtschenko, den am 29. Mai 2018 ein Agent Putins mit vier Schüssen niederstreckte, wie in unseren Medien zu lesen war.

Der Bundespräsident, der deutsche und der englische Aussenminister sahen sich in der Pflicht, aufs Allerschärfste zu protestieren. Der verantwortliche Bild-Redakteur für Politik, Julian Röpcke, forderte sogleich, dass man jetzt unbedingt über den Abbruch von "FIFA WorldCup und NordStream 2" nachdenken müsse. Doch der tapfere Kremlkritiker erschien plötzlich – wie durch ein Wunder – völlig unversehrt vor

den Kameras und erklärte, dass er mit dieser Aktion einem geplanten blutigen Anschlag Putins zuvorgekommen sei. Unsere Politiker und die angeschlossenen Medien waren wegen dieses Fake-Mordes drei Tage lang in höchster Aufregung.

Der tatsächliche Mord an Hevrin Khalaf allerdings hat weder Konsequenzen noch wird er von Politik und Medien als wichtig erachtet, sich überhaupt mit ihm zu beschäftigen. Die westliche Wertegemeinschaft bewertet menschliches Leben eben verschieden.

Westliche Annexion als normale politische Handlung

Selbstverständlich ist der türkische Staatspräsident Erdoğan nicht Putin, sondern ein wichtiger NATO-Partner mit nuklearer Teilhabe und zudem ein äusserst wichtiger Anrainer des Schwarzen Meeres in unmittelbarer, strategisch wichtiger Nähe zu Russland. Deshalb zeigt er sich auch von all den butterweichen Drohungen völlig unbeeindruckt. Auf ihn können und wollen seine NATO-Partner im lange vorbereiteten Konflikt mit dem "bösen Staat im Osten" auf keinen Fall verzichten.

Halbherzig bemühte sich die Führungsmacht der westlichen Welt, den neuen osmanischen Führer zu bewegen, die zu erwartende Gewalt möglichst zu deeskalieren, auch um die Empörung in der Welt begrenzen zu können. US-Vizepräsident Mike Pence wurde zum klärenden Gespräch nach Ankara geschickt. Immerhin sprechen jetzt auch führende westliche Politiker von einer Verletzung des Völkerrechts, wenn die Türkei ihr Militär in ein anderes Land einmarschieren lässt, um dort fremdes Territorium als sogenannte Pufferzone zu annektieren.

Wie bei Mord so gelten auch bei Annexionen unterschiedliche Standards. Bei der gegenwärtigen Offensive der Türkei auf syrischem Staatsterritorium wurden eine grosse Anzahl Zivilisten ermordet und nahezu 200 000 Menschen vertrieben, anders als bei der Russland unterstellten Krim-Annexion, wo kein Schuss fiel und auch kein einziger Mensch ums Leben kam.

Diese Veränderung der staatlichen Zugehörigkeit der Krim beruhte auf der freien Entscheidung der mehrheitlich russischstämmigen Bevölkerung als Reaktion auf den US-amerikanisch inszenierten Maidan-Putsch und der darauffolgenden antirussischen Politik der neuen ukrainischen Machthaber. Im völkerrechtlichen Sinne ist das eine Sezession und keine Annexion. Dessen ungeachtet waren die westlichen Staaten – allen voran die USA – schnell bei der Hand, auch hier umfangreiche Sanktionen gegen Russland zu verhängen.

Da die Türkei nicht Russland und Erdoğan nicht Putin ist, muss die westliche Wertegemeinschaft mit der Frage von Annexion und Völkerrechtsverletzung jeweils ganz anders umgehen. Der amerikanische Vizepräsident stoppte bei seinem Gespräch mit dem NATO-Partner Erdoğan am 17. Oktober 2019 zwar nicht die völkerrechtswidrige türkische Okkupation, erreichte aber er eine fünftägige Waffenruhe, in der die kurdischen Milizen aus dem von der Türkei beanspruchten Landstrich abziehen sollten.

Nur wenige Tage später, am 22. Oktober, alarmierte das Treffen zwischen Erdoğan und Putin in Sotschi allerdings die westlichen Politiker aufs Äusserste: Putin erreichte eine Verlängerung des Waffenstillstands um weitere sechs Tage, eine Verkleinerung des zu annektierenden syrischen Gebietes und vereinbarte dort gemeinsame russisch-türkische Kontrollen, um Gewalteskalationen zu unterbinden. Dass Russland damit im Begriff ist, die bisherige Syrienpolitik der westlichen freien Welt auszuhebeln, beunruhigt deren Politiker erheblich.

Scheinbare politische Hilflosigkeit

Ziemlich fassungslos suchen die westlichen Politiker jetzt nach einer Lösung für das Dilemma. Da der amerikanische Präsident sein ebenfalls völkerrechtswidrig in Nordsyrien befindendes Truppenkontingent aus der Region abgezogen hatte, bevor es zur türkischen Militärinvasion kam, zauberte unsere Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer schnell die Idee einer internationalen "Schutztruppe" als "europäische Antwort" aus dem Hut. Sogar ein UNO-Mandat brachte sie ins Gespräch, obwohl der Westen all die Jahre keinerlei Probleme hatte, dort ohne jegliches Mandat mit Söldnerwerbung und Ausbildung, Geldzahlungen, Waffenlieferungen und dem Verhängen wirtschaftlicher Boykottmassnahmen einen Regime Change zu arrangieren.

Dieses Vorhaben will man auf keinen Fall aufgeben. Der Schulterschluss der westlichen Staaten mit dem türkischen Aggressor und seinen islamistischen Mörderbanden bleibt jedenfalls unangetastet. Auch der brutale Mord an der kurdischen Politikerin Hevrin Khalaf ändert daran nichts.

Zwar hatten die USA ihr Militär in Nordsyrien abgezogen und damit den Weg frei gemacht für die türkische Militäraktion, doch nun schickt die "einzige Weltmacht" zusätzliche militärische Kräfte zum Schutz der Ölfelder in den Osten Syriens, wie Der Spiegel ganz aktuell unter Berufung auf eine Meldung des Magazins Newsweek am 25. Oktober 2019 berichtet:

"Die Truppenbewegung soll verhindern, dass die von den Syrischen Demokratischen Kräften (SDF) kontrollierten Ölfelder wieder an die Terrormiliz 'Islamischer Staat' (IS) oder an 'andere destabilisierende Akteure' fallen, sagte ein Vertreter des Pentagons am Donnerstag."

Auch die syrische Regierung soll durch diese ebenfalls völkerrechtswidrige Besetzung von den Ölfeldern im eigenen Land ferngehalten werden.

Die USA jedenfalls "schützen" das syrische Öl, "und wir werden in der Zukunft entscheiden, was wir damit machen werden", twitterte Donald Trump.

Die Werte, die man erbarmungslos und bei jeder sich bietenden Gelegenheit als scharfes Schwert ins Feld führt, wenn es gegen den ausgemachten Erzfeind geht, zählen nichts, wenn es gilt, die eigenen Interessen durchzusetzen. Die Frage steht im Raum, was eine so agierende Völkergemeinschaft wert sein kann.



Winfried Wolk

Winfried Wolk, Jahrgang 1941, ist freier Maler, Grafiker, Skulpteur und Autor. Er lebt in Mecklenburg, hatte selbst zahlreiche Ausstellungen, beteiligte sich an weiteren im In-und Ausland und gewann mehrere Kunstpreise. Er veröffentlicht zeit- und kunstkritische Artikel in verschiedenen Medien. 2014 erschien sein letztes Buch "Vom Verhalten in Grenzgebieten".

Quelle: https://www.rubikon.news/artikel/zynische-verlogenheit

Führungsmacht bei Umweltverschmutzung

Das US-Militär hinterlässt weltweit ökologische Vernichtung. von Rubikons Weltredaktion



Dienstag, 05. November 2019, 16:00 Uhr, Foto: garmoncheg/Shutterstock.com

Das US-Verteidigungsministerium produziert mehr Sondermüll als die fünf grössten US-amerikanischen Chemieunternehmen zusammen und hat sein toxisches Erbe in Form von abgereichertem Uran, Öl, Kerosin, Pestiziden und Entlaubungsmitteln wie Agent Orange und Blei auf der ganzen Welt hinterlassen. Die Verantwortlichen lassen sich auch offenbar nicht eines Besseren belehren. Von Whitney Webb

Auf dem Stützpunkt der US-Marineluftwaffe in Virginia wurden kürzlich etwa 355 000 Liter Kerosin in eine nahe gelegene Wasserstrasse gespült, die weniger als eine halbe Meile vom Atlantik entfernt liegt – die Medien haben dieser Nachricht jedoch nur minimale Beachtung geschenkt. Während dieser Vorfall nicht annähernd so katastrophal war wie andere Pipeline-Lecks, bekräftigt er doch eine wichtige, bisher kaum bekannte Tatsache – dass das US-Verteidigungsministerium der grösste Umweltverschmutzer sowohl des Landes als auch weltweit ist.

Toxisches Erbe

Das US-Verteidigungsministerium produziert mehr Sondermüll als die fünf grössten US-amerikanischen Chemieunternehmen zusammen und hat sein toxisches Erbe in Form von abgereichertem Uran, Öl, Kerosin, Pestiziden und Entlaubungsmitteln wie Agent Orange und Blei auf der ganzen Welt hinterlassen.

Im Jahr 2014 sagte die ehemalige Leiterin des Pentagon-Umweltprogramms der Zeitschrift Newsweek, dass ihre Behörde allein in den USA mit 39 000 verseuchten Gebieten, verteilt auf 19 Millionen Acre = (77 000 Quadratkilometer), zu kämpfen hat.

Militärstützpunkte – extrem belastet

US-Militärstützpunkte sowohl im In- als auch im Ausland gehören durchgängig zu den schadstoffbelastetsten Orten der Welt, weil Perchlorate und andere Bestandteile von Kerosin und Raketentreibstoffen Trinkwasserquellen, Bewässerungssysteme und den Boden verseuchen. Hunderte von Militärstützpunkten finden sich auf der Liste der Superfund-Sites der US-Umweltschutzbehörde, denen Regierungszuschüsse für Säuberungsarbeiten zustehen (Das "Superfund"-Programm ist für die Säuberung verseuchter Gebiete sowie für Notfallmassnahmen im Umweltbereich, bei Naturkatastrophen und bei Öllecks zuständig, Anmerkung der Übersetzerin).

Fast 900 der insgesamt nahezu 1200 Superfund-Sites der USA sind aufgegebene militärische Anlagen oder Orte, die anderweitig dem Militär zuarbeiten – nicht mitgezählt wurden hier die Militärstützpunkte selbst.

"Fast jeder Militärstandort dieses Landes ist stark verseucht", sagte John D. Dingell, Kongressmitglied im Ruhestand aus Michigan und Kriegsveteran, 2014 der Newsweek. Camp Lejeune in Jacksonville, North Carolina, ist ein solcher Stützpunkt. Lejeunes Verseuchung breitete sich weit und sogar tödlich aus, nachdem sein Grundwasser 1953 bis 1987 mit einer beträchtlichen Menge an Karzinogenen verunreinigt wurde.

Verseuchtes Trinkwasser

Und dennoch liess die Regierung erst diesen Februar Schadensersatzansprüche derer, die den Chemikalien in Lejeune ausgesetzt waren, zu. Zahlreiche Stützpunkte im Ausland verseuchen bis heute auch die Trinkwasserzufuhr vor Ort — der bekannteste ist die Kadena Air Force Base in Okinawa.

Verstrahlte Gebiete

Zudem sind die USA, die mehr Atomwaffentests durchgeführt haben als alle anderen Länder zusammen, für die enorme Strahlungsmenge verantwortlich, die noch immer viele Inseln im Pazifik verseucht. Die Marshallinseln, über denen die USA zwischen 1946 und 1958 mehr als 60 Atomwaffen abgeworfen haben, sind ein besonders nennenswertes Beispiel. Die Einwohner der Marshallinseln und des benachbarten Guam leiden unter einer extrem hohen Krebsrate.

Im US-amerikanischen Südwesten wurden auch zahlreiche Atomwaffentests durchgeführt, die das Land grossflächig verstrahlten. Reservate der Navajo-Indianer werden bis heute von schon lange aufgegebenen Uran-Minen verseucht, die das atomare Material für die Auftragnehmer des US-Militärs geliefert hatten.

Wüstenbildung und Anstieg der Krebserkrankungen

Eines der jüngsten Zeugnisse der furchtbaren Umweltbilanz des US-Militärs ist der Irak. Die Aktivitäten des US-Militärs haben zur Wüstenbildung von 90 Prozent der Fläche Iraks geführt, damit die Agrarindustrie des Landes gelähmt und es dazu gezwungen, mehr als 80 Prozent seiner Lebensmittel zu importieren. Der Einsatz abgereicherten Urans während des Golfkrieges von seiten der USA führte auch zu einer enormen Umweltbelastung für die Iraker. Ausserdem hat die Methode des US-Militärs, die Abfälle der Invasion von 2003 unter freiem Himmel in Gruben zu verbrennen, zu einem Anstieg der Krebserkrankungen sowohl unter den US-Soldaten als auch unter den irakischen Zivilisten geführt.

Weiter so!

Obwohl die bisherige Umweltbilanz des US-Militärs darauf schliessen lässt, dass die derzeitigen Konzepte nicht umweltverträglich sind, lässt sich das US-Militär nicht davon abhalten, künftige Umweltverschmutzungen offen zu planen – durch fehlgeleitete Entsorgungsmassnahmen. Letzten November verkündete die

US-Navy ihren Plan, im Laufe dieses Jahres 20 000 Tonnen Umwelt- "Stressoren", darunter Schwermetalle und Explosiva, in die US-Küstengewässer des nordwestlichen Pazifiks zu leiten.

Der Plan wurde im Northwest Training and Testing Environmental Impact Statement der Navy dargelegt ("EIS" – ein Dokument, das Aussagen zu positiven oder negativen Auswirkungen auf die Umwelt macht und gegebenenfalls auch Alternativen aufzeigt; Anmerkung der Übersetzerin). Er erwähnt leider nicht, dass diese "Stressoren" von der Environmental Protection Agency (US-Umweltschutzbehörde) als bekannte Gefährdungen beschrieben werden, von denen viele sowohl auf der akuten als auch der chronischen Ebene hochgiftig sind.

Zu den 20 000 Tonnen "Stressoren", die im EIS erwähnt werden, kommen noch zusätzliche 4,7 bis 14 Tonnen an "Metallen mit potentieller Toxizität", die die Navy von jetzt an jährlich auszuleiten plant – in Binnengewässern entlang des Puget Sound im Staat Washington.

Als Bedenken gegen diese Pläne geäussert wurden, sagte eine Pressesprecherin der Navy, Schwermetalle und selbst abgereichertes Uranium seien nicht gefährlicher als jedes andere Metall – eine Erklärung, die eine klare Absage an wissenschaftliche Fakten darstellt. Es scheint, als kämen genau die US-Militäroperationen, die die "US-Amerikaner beschützen" sollten, sie teurer zu stehen, als es die meisten Menschen realisieren zu einem Preis, den künftige Generationen zu zahlen haben werden, in den USA und im Ausland.

Whitney Webb ist eine in Chile lebende Journalistin, die unter anderem für MintPress News, Global Research, EcoWatch, das Ron Paul Institute and 21st Century Wire schreibt. 2019 wurde ihr der Serena-Shim-Preis für kompromisslose Integrität im Journalismus verliehen.

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Text erschien zuerst unter dem Titel "On Earth Day, Remembering the US Military's Toxic Legacy". Er wurde von Gabriele Herb aus dem ehrenamtlichen Rubikon-Übersetzungsteam übersetzt und vom ehrenamtlichen Rubikon-Korrektoratsteam lektoriert.

Rubikons Weltredaktion

Es bringt wenig, nur im eigenen, wenn auch exquisiten Saft zu schmoren. Deshalb sammelt und veröffentlicht die Rubikon-Weltredaktion unter Federführung von Melina Lieb und Karin Leukefeld regelmässig Stimmen aus aller Welt, vorwiegend aus dem anglo-amerikanischen und arabischen Raum. Wie denken kritische Zeitgenossen dort über geopolitische Ereignisse? Welche Ideen haben sie zur Lösung globaler Probleme? Welche Entwicklungen beobachten sie, die uns in Europa vielleicht auch bald bevorstehen? Der Blick über den Tellerrand ist dabei auch ermutigend, macht er doch deutlich: Wir sind viele, nicht allein!

Quelle: https://www.rubikon.news/artikel/fuhrungsmacht-bei-umweltverschmutzung

Frexit?Ulrich Schlüer, Verlagsleiter «Schweizerzeit» VERÖFFENTLICHT AM 15. NOVEMBER 2019



Dass der französische Staatspräsident Emmanuel Macron Anstalten zeige, der Frankreich-Sektion der SVP beizutreten, ist ein Gerücht, dessen Wahrheitsgehalt bislang nicht bewiesen werden konnte.

Tatsache aber ist: Die neusten Anordnungen Macrons zur Eindämmung der Masseneinwanderung nach Frankreich könnten aus dem Forderungskatalog der SVP-Begrenzungsinitiative abgeschrieben worden sein.

Macrons Erlass

Macron will für Frankreich die Personenfreizügigkeit eingrenzen. Er unterstellt die Kontrolle über die Einwanderung nach Frankreich wieder der französischen Regierung. Das Zeitalter freier Einwanderung auf der Grundlage uneingeschränkter EU-Personenfreizügigkeit ist für Frankreich vorbei. Macron will die Zahl der Einwanderer deutlich begrenzen, dafür allenfalls Kontingente festlegen.

Macrons Massnahmen ähneln wahrhaft auffällig den Forderungen der SVP-Begrenzungsinitiative, welche den Schweizer Stimmbürgern voraussichtlich im kommenden Mai zur Abstimmung vorgelegt wird. Klar dabei ist: Macron will Zustände, die in Frankreich in jeder Beziehung unhaltbar geworden sind, markant korrigieren. Dass er mit seinen Massnahmen auch seine Ausgangslage im Blick auf eine zweite Amtsdauer als Staatspräsident im Auge hat, ist offensichtlich. Er will Wähler zurückgewinnen.

Economiesuisse

Würde die sich als Dachverband der Schweizer Wirtschaft aufspielende Economiesuisse noch gewisse Glaubwürdigkeit geniessen, müssten die Anordnungen Macrons als markanter Schritt hin zum Frexit, zum Austritt Frankreichs aus der Europäischen Union gewertet werden. So wie die vom Volk nie akzeptierte Masseneinwanderung die englischen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu ihrem Ja zum Brexit, also zum Austritt Grossbritanniens aus der Europäischen Union bewogen hat, so müssten Macrons Anordnungen als erster Schritt der Abwendung Frankreichs von der EU gewertet werden. Denn mit den von ihm angeordneten Massnahmen bricht Präsident Macron offen mit der EU-Personenfreizügigkeit.

Wer solches tue, versucht Economiesuisse der Öffentlichkeit einzureden, der scheide aus der EU aus. Ja, er werde zwingend aus der EU ausgestossen. Weil die Personenfreizügigkeit für die EU zum grundlegenden, auch in Details nicht angreifbaren Fundament gehöre.

Brüssel schweigt

Doch Brüssel macht keinerlei Anstalten, gegen Frankreich vorzugehen. Brüssel bleibt stumm. Nicht die geringste Kritik an Macrons Massnahmen wurde bislang laut. Niemand in Brüssel scheint die Behauptungen von Economiesuisse auch nur im entferntesten ernst zu nehmen.

Möglicherweise erkennt man zu Brüssel vielmehr, dass Sturheit in Sachen Personenfreizügigkeit die EU insgesamt ins Wanken bringen könnte – nachdem Nettozahler England sich zum für Brüssel schmerzhaften Abschied von der EU-Zentrale entschlossen hat. Gleiches will man mit Frankreich nicht erleben – obwohl Frankreich alles andere als Nettozahler ist.

Realismus

Macron erweist sich mit seinen Massnahmen zur Eindämmung der Masseneinwanderung bloss als Realist. Denn Europa steht vor der höchst bedenklichen Tatsache, dass die Europäer (Einwanderer aus Arabien und Schwarzafrika nicht eingerechnet) heute nur noch sieben Prozent der Weltbevölkerung ausmachen. Tendenz sinkend.

Immerhin erarbeitet Europa aber noch siebzehn Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung. Tendenz allerdings ebenfalls sinkend. Mit der Ermordung der jahrzehntelang so erfolgreichen deutschen Automobilproduktion durch die dortigen Klima-Ideologen wird sich Europas wirtschaftlicher Niedergang sogar noch beschleunigen. Es zeichnen sich verhängnisvolle Entwicklungen ab, denn auf den Europäern lasten fünfzig Prozent der weltweit anfallenden Sozialleistungen. Tendenz – Folge der Masseneinwanderung – bedenklich steigend.

Macron scheint – in deutlichem Gegensatz zum Schweizer Wirtschafts-Dachverband Economiesuisse – erfasst zu haben, dass die sich in diesen Zahlen spiegelnde Entwicklung dem abendländischen Europa den Garaus machen wird – noch im laufenden Jahrhundert! Das sich in diesen Zahlen dokumentierende Missverhältnis zwischen Leistung, Leistenden und blossen Verbrauchern von Geleistetem wird Europa mitsamt seiner Kultur, seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, seinen Demokratien, seinen freiheitlichen Idealen, seinem Wohlstand zum Verschwinden bringen. Macron gibt Gegensteuer – Personenfreizügigkeit hin oder her.

Sture Böcke

Economiesuisse aber behauptet weiterhin: Wer die für alle westeuropäischen Staaten, auch für die Schweiz untragbare EU-Personenfreizügigkeit nicht buchstabengetreu von Brüssels Funktionärsbürokratie übernehme, werde von Brüssel ausgestossen, werde von allem Handel, von allem Wirtschaftsverkehr in Europa abgenabelt.

Solcher Unsinn verfängt in Frankreich offensichtlich nicht mehr. Und England glaubt schon seit Jahren nicht mehr an diese Schreckensbilder zur Einschüchterung von Wählern und Stimmbürgern. Nur in den Betonköpfen der Funktionäre von Economiesuisse – den Managern hiesiger Grosskonzerne unter internationaler Führung hörig – lebt der Glaube an die Personenfreizügigkeit und an den Brüsseler Zentralismus weiter. Über die daraus resultierende Ausverkaufspolitik kann man in London und Paris nur noch lachen. Und selbst die Brüsseler schütteln ob solcher Sturheit ihre Köpfe.

Ulrich Schlüer. Quelle: https://schweizerzeit.ch/frexit/

Macht euch auf eine harte Landung gefasst! Die US-Wirtschaft stürzt ab, und zwar gewaltig...

von Michael Snyder, 17.11.2019

http://themostimportantnews.com/archives/brace-for-impact-the-u-s-economy-is-going-down-and-it-is-going-down-hard

Ich habe euch so viele schlechte ökonomische Daten zu verkünden, dass ich gar nicht weiss, wo ich anfangen soll. Ich habe vorausgeahnt, dass sich die Verlangsamung der US-Wirtschaft während des 4. Quartals 2019 beschleunigen würde, und genau das ist eingetreten. Die Federal Reserve versucht alles, damit wir nicht offiziell in eine Rezession rutschen, und die Bundesregierung gibt das Geld aus, als gäbe es kein morgen. Aber all diese Interventionen haben nicht ausgereicht, um die wirtschaftliche Entwicklung umzukehren. Wir erkennen bereits, wie sich jetzt die Bedingungen rapide verschlechtern, und 2020 macht sich bereit, das entscheidenste Jahr seit 2008 für die US-Wirtschaft zu werden.

Ich möchte meine Analyse damit beginnen, wie es den US-Konsumenten momentan geht. Laut CBS hat eine grosse neue Studie, die gerade veröffentlicht wurde, ergeben, dass 70% aller Amerikaner finanziell zu kämpfen haben...



Viele Amerikaner bleiben in prekärer finanzieller Verfassung, obwohl die Wirtschaft weiterwächst, und 7 von 10 sagen, dass sie zumindest auf einem Gebiet mit finanzieller Stabilität zu kämpfen haben, etwa dem Bezahlen von Rechnungen oder dem Sparen von Geld.

Die Ergebnisse stammen aus einer Umfrage mit 5400 Amerikanern durch das Financial Health Network, einem Non-Profit Finanzberatungsdienst. Das Projekt, das vor einem Jahr begonnen wurde, soll die finanzielle Gesundheit der Menschen einschätzen, durch Fragen zu Schulden, Erspartem, Rechnungen und Löhnen, neben anderen Themen.

Das hört sich nicht nach einer "boomenden Wirtschaft" an, oder?

Und obwohl die Dinge für Abermillionen amerikanischer Familien bereits sehr schwierig sind, so scheint es, dass die Dinge rapide schlechter werden. Und tatsächlich haben wir gerade erfahren, dass der Bloomberg-Index für das Verbrauchervertrauen den stärksten Rückgang seit 2008 zeigt...

Obwohl die Börse zu neuen Rekorden strebt, fiel der Bloomberg-Index für das Verbrauchervertrauen letzte Woche auf 58,0 im Vergleich zu 59,1 eine Woche zuvor und er ist jetzt innerhalb von drei Wochen um 5,4 Punkte gefallen, der grösste Rückgang seit 2008...

Ja, die Beschäftigungslage in diesem Land ist momentan relativ stabil, aber die Wahrheit ist, dass die meisten der "Jobs", die in den letzten Jahren "geschaffen" wurden, in Wirklichkeit sehr wenig einbringen. Wenn man es glauben darf, so bringen 58 Millionen Jobs in den USA derzeit weniger als \$793 pro Woche...

Derzeit gibt es in den USA etwa 105 Millionen Jobs im produzierenden und nicht überwachten Gewerbe. Das sind 83 Prozent aller Jobs im privaten Sektor. Und mehr als die Hälfte davon – 58 Millionen – verdienen weniger als der durchschnittliche US-Wochenlohn von \$793. Viele dieser Jobs bieten keine Krankenversicherung oder andere Leistungen.

Das sind die besten Jobs, die viele Amerikaner finden können, mit der meisten Arbeitszeit.

Und ich habe in einem vorangegangenen Artikel besprochen, dass 50 Prozent aller US-Arbeiter gegenwärtig weniger als \$33 000 im Jahr verdienen.

In den vergangenen Jahren haben sich viele Familien verschuldet, um ihren "Lebensstil der Mittelschicht" aufrecht zu halten, aber viele dieser Schulden werden nun faul.

Und ja, die New York Fed hat soeben verkündet, dass die ernsthaften Zahlungsverzüge bei Automobil-Krediten ein neues Rekordhoch erreicht haben. Folgendes stammt von Wolf Richter...

Die ernsthaften Zahlungsrückstände bei Automobil-Krediten – Auto-Kredite, die 90 Tage oder mehr in Rückstand sind – haben im 3. Quartal 2019 in einer dramatischen Zunahme ein historisches Hoch von \$62 Milliarden erreicht, so die Daten heute von der New York Fed...

Erinnert ihr euch an den Zusammenbruch der Schrotthypotheken 2008?

Nun, etwas ganz Ähnliches passiert jetzt mit den Auto-Krediten.

Währenddessen kommen weitere schlechte Wirtschaftszahlen. Hier ein paar neue Daten, die seit meinem letzten Artikel eingetroffen sind: ...

- Wir erleben gerade den schlimmsten Einbruch der Industrieproduktion seit 2009.
- Der Cass Fracht-Index ist gerade den 11. Monat in Folge gefallen.
- Sears (eine grosse Handelskette) hat angekündigt, dass sie Hunderte von Stellen abbauen werden, während sie weiterhin mit grosser Geschwindigkeit Läden schliessen.

An diesem Punkt wird es zu einer grossen Herausforderung, das Wachstum des US-BIP im vierten Quartal über Null zu halten. Wenn man der Vorhersage der Atlanta Fed glauben mag, dann beträgt das Wachstum im vierten Quartal gerade einmal 0,3%...

Das BIP Vorhersagemodell schätzt das reale BIP-Wachstum (saisonal bereinigte Jahresrate) für das 4. Quartal 2019 am 15. November auf 0,3%, gegenüber 1% am 8. November. Nach der heutigen Veröffentlichung der Daten im Einzelhandel durch das US Census Bureau, und dem heutigen Bericht über die Industrie-Produktion durch das Federal Reserve Board of Governors sinkt das Wachstum der realen privaten Konsumausgaben im 4. Quartal und das Wachstum der realen privaten Bruttoinlandsinvestitionen im 4. Quartal von 2,1% auf minus 2,3%, bzw. von 1,7% auf minus 4,4%.

Das ist verheerend.

Wir reden nicht von 3 Prozent. Sie sagen ein Wachstum von "0,3 Prozent" voraus, und wenn wir unter Null rutschen, dann könnten wir tatsächlich den Beginn einer Rezession erleben, ohne es zu realisieren.

(Anm.d.Ü.: Die selbe Augenwischerei gibt es bei uns. Wenn ich mich recht erinnere, wurde am Freitag auch für Deutschland ein Wachstum von 0,3% verkündet. Hurra, es gibt keine Rezession...)

Die Zentralbank Fed hat versucht, die Wirtschaft durch Zinssenkungen und massive Geld-Injektionen in das Finanzsystem aufzupeppen. Sie erzählen uns, dass diese neue Runde von Geldschöpfung "kein QE" sei, aber ich habe von Anfang an darauf hingewiesen, dass es in Wahrheit doch Quantitative Lockerung (QE) ist, und viele in der Finanzwelt beginnen diese Realität anzuerkennen…

Nach einem Monat voller verbaler Verrenkungen der Fed (und dem Sprechdurchfall der lobhudlerischen Finanzexperten, die nicht kreativ oder originell denken können und nur in ihrer Echokammer nachplappern, in der Hoffnung auf Likes/Retweets), dass der jüngste Start von \$60 Milliarden an Aufkäufen von Staatsanleihen keine QE sei (wie auch immer, nennt es ja nicht "QE4", nennt es bitte einfach "kein QE"), da hat es endlich eine Bank gewagt, das zu sagen, was für jeden offensichtlich ist, der nicht geistig (Anm. bewusstseinsmässig) mit simpler Logik überfordert ist: Das "kein QE" der Fed ist in Wirklichkeit "QE".

In einer Warnung, dass das jüngste Kaufprogramm der Fed – ob man es QE oder NICHT QE nennt – grosse, potenziell katastrophale Kosten verursachen wird, schreibt Ralph Axel von der Bank of America, dass die Fed nach dem neuen Staatsanleihen (T-Bill)-Kaufprogramm der Fed zur Erhöhung der Reserven im Bankensystem versucht hat, die Märkte wiederholt darüber zu informieren, dass dies keine neue Runde der Quantitativen Lockerung ist, und doch, wie der BofA-Strategeist feststellt, "in wichtiger Hinsicht ähnlich ist".

https://www.zerohedge.com/markets/one-bank-finally-admits-feds-not-qe-indeed-qe-and-could-lead-financial-collapse

Aber wie ich bereits früher argumentiert habe, werden all die Bemühungen der Fed nicht funktionieren.

Egal wie sehr sie sich anstrengen, sie haben es nicht geschafft, unsere wirtschaftliche Entwicklung umzukehren.

Und viele Menschen glauben, dass das, was wir bisher gesehen haben, nur die Spitze des Eisbergs ist. In der Tat ist der Trend-Forcaster Gerald Celente überzeugt, dass wir auf "die Grösste Depression" zusteuern…

"Du denkst, du hast jetzt eine Krise in einem Land in deiner Nähe? Du hast gar nichts gesehen. Wenn die Grösste Depression einschlägt, dann werden die Menschen vor Gewalt, Armut und Korruption fliehen – Bürgerkriege finden vor aller Augen statt. Und du denkst, du hast ein Obdachlosenproblem in einer Stadt in deiner Nähe? Du hast gar nichts gesehen. Du wirst überall Obdachlose sehen. Das ist ausser Kontrolle geraten und wird sich nur noch verschlimmern, wenn die Weltwirtschaft sich verlangsamen wird..."
Und wisst ihr was?

Er hat Recht.

Was kommen wird, das wird 2008 wir ein Sonntags-Picknick aussehen lassen, und unsere Gesellschaft ist vollkommen und äusserst unvorbereitet auf das was kommen wird.

Quelle: https://www.theblogcat.de/uebersetzungen/harte-landung-17-11-2019/

Die Deutschen an die Front© REUTERS / MICHAEL DALDER

Von Willy Wimmer, 11:40 18.11.2019 (aktualisiert 12:34 18.11.2019)



Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer während Truppenbesuchs

Endlich ist es soweit. Im Berliner Bendler-Block darf gejubelt werden. Wir sind endlich wer und sollen weltweit für andere die Kartoffeln aus dem Feuer holen. Wie sagte es doch einst der legendäre Franz Josef Strauss über die liberale Politikbegabung Jürgen Möllemann. Er, Franz Josef Strauss sprach vom "Riesen-Staatsmann Möllemann".

Da will im Interesse der USA die deutsche Ministerin, Frau Annegret Kramp-Karrenbauer, in nichts nachstehen. Sollten Presseberichte zutreffen, geht es demnächst gegen China, sowohl in der Strasse von Taiwan als auch an der chinesischen Westgrenze. Die Welt steht der Bundeswehr überall dort offen, wo uns die Siegermächte zweier Weltkriege eingesetzt wissen wollen.

Schon längst geht es der Berliner Regierung nicht mehr darum, das einzulösen, was den Deutschen überhaupt den Umzug von Bonn nach Berlin erlaubt hatte. Deutschland versprach feierlichst, einen Beitrag zum Frieden in der Welt zu leisten. Wir schworen hoch und heilig, uns an das nationale und internationale Recht zu halten. Militäreinsätze sollten an die zivilisatorische Errungenschaft der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges gebunden sein. Ohne eindeutiges Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sollte kein Soldat der Bundeswehr das Land verlassen dürfen. So steht es in unserem Grundgesetz und wird seit dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien 1999 wieder und wieder mit Füssen getreten.

Jetzt also gegen China. Stimmungsvoll wird zeitgleich in den "Schlachtschiffen der Mainstream-Presse" die Lage im Westen Chinas angesprochen. Ja, hier kollidieren zwei Konzepte. Das der unmittelbaren zentralasiatischen Nachbarn, Russlands und China mit dem der USA und ihrer Verbündeten. Der Zerfall der Sowjetunion sollte nicht zu Endlos-Kriegen in Zentralasien diesseits und jenseits des Tien-shan-Gebirges führen. Deshalb die Shanghai-Kooperation nach dem Modell der KSZE. Dieses europäische Erfolgsmodell, das zum ersten Ende des Ost-Westkonfliktes führte, stiess in Asien auf die Sabotagehaltung der USA. Nicht friedlicher Ausgleich, sondern das Auskämpfen amerikanischer Interessen war angesagt, bis zum

letzten Uiguren. Um Deutschland dabei in Zugzwang zu bringen, trifft es sich gut, das Hauptquartier der Uiguren in München zu wissen.

Wie steht es bei der Haltung der Bundesregierung mit dem feierlichen Versprechen, Konsequenzen aus dem zu ziehen, was gemeinhin mit "Nürnberg" umschrieben wird? Das ist auch die Frage danach, warum man in Deutschland bei jeder Gelegenheit über Trump herfällt? Ja, er steht für die Werte der Nation und dem friedlichen Ausgleich von Interessen und wird deshalb mit Schmackes durch Zusammenarbeit mit dem "tiefen Staat" sabotiert.

Wo liegt denn die Zukunft Deutschlands und seiner Nachbarn, wenn nicht in einer Einstellung, die sich im Modell der "Hanse" jahrhundertelang gezeigt hatte? Spannend dürfte es werden, wenn es nach Präsident Trump wieder um die Herrschaft der Washingtoner Kriegskoalition und ihrem Verhalten uns gegenüber geht, uns vor ihren Karren zu spannen. Zeigt man denen dann so die "kalte Schulter", wie es Präsident Trump gegenüber geschieht, oder verfährt man nach dem "Modell AKK" in geschichtsvergessener Weise die ahnungslose Welt an deutsche Soldaten zu gewöhnen? "Die Deutschen an die Front."

Quelle: https://de.sputniknews.com/kommentare/20191118326002987-deutschland-militarismus-kommentar/

\$Terror-Krieg gegen Bürger: Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt ohne Ende

Von Uli Gellermann © Sputnik / Zacharie Scheurer 13:05 19.11.2019(aktualisiert 13:11 19.11.2019)



Es ist die Regierung von George W. Bush gewesen, die kurz nach den Anschlägen vom 11. September 2001 den Begriff "Global War On Terrorism" kreiert hat: Den Krieg gegen den Terror. Bis heute gibt es keine ordentliche Aufklärung über das Verbrechen.

Macht nichts, sagten die diversen US-Regierungen und führten trotzdem unter der Anti-Terror-Flagge einen Krieg nach dem anderen. Der Krieg in Afghanistan, dessen offizieller Grund im Dunkel des 9/11-Anschlags liegt, dauert an. Terror, der Angstbegriff des Jahrhunderts, die böse Gewalt, die dringend von der guten Gewalt bekämpft werden muss, hat sich zur Begründung für alles mögliche entwickelt: Mehr staatliche Überwachung, mehr staatliche Bewaffnung, mehr Geheimdienstaktivitäten. So kann Terror nützlich sein.

Der Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche vom 19. Dezember 2016 hat alle Kennzeichen eines staatlich verwertbaren Anschlags: Den vorgeblichen Einzeltäter Anis Amri, der kurz nach der Tat erschossen wurde. Ein Bekennerschreiben des IS* zur Tat am Breitscheidplatz ohne jedes Täterwissen. Der Ausweis des Täters lag bequem und offen im Tatfahrzeug. Der Täter wurde schon lange als "Gefährder" überwacht, die Überwächter wussten sogar, dass er sich eine Waffe beschaffen wollte. Wochen zuvor wurde ein Handyvideo aufgenommen, auf dem der Täter seine Tat ankündigte. Das Video ist unter Geheimdienst-Verschluss und wird nicht mal dem Generalbundesanwalt ausgehändigt, der bis heute keinen Blick darauf werfen darf. Auch eine Beamtin im Gemeinsamen Terrorismus-Abwehrzentrum (GTAZ) existiert, die zwar an allen Besprechungen über den Fall Anis Amri teilgenommen hatte, sich aber leider an nichts mehr erinnern kann.

Wie in jedem ordentlichen Parlamentarismus, so gibt es auch für den Terrorfall "Weihnachtsmarkt" einen Untersuchungsausschuss. Der tagt seit Januar 2018. Zu dem meldet sich ein Kriminalhauptkommissar aus Nordrhein-Westfalen, ein Mann, der gegen islamistische Terroristen ermittelte. Verlässlich, solide, beamtet. Der sagt nun: Der damalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière und ein leitender BKA-Beamter haben im Frühjahr 2016 darauf gedrängt, eine Quelle des Landeskriminalamts (LKA) in der radikalislamischen Szene "mundtot" zu machen – ausgerechnet jenen Informanten, der wertvolle Hinweise zu Amri geliefert hatte. Nicht alle Quellen, aus denen die Dienste trinken, sind sauber. Aber offenkundig wollte ein Innenminister die Öffentlichkeit darin hindern, die Qualität der Quelle zu überprüfen. Die Wetten stehen 100 zu 1, dass eine Aufklärung des Skandals aus Gründen der inneren Sicherheit nicht möglich sein wird. Der Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt wird kein Ende finde.

So schliesst sich der Kreis: In Afghanistan wird mit einem "Krieg gegen den Terror" ein anderes Land terrorisiert. In Deutschland werden unter dem Vorwand des Anti-Terrorkampfes die Bürger terrorisiert: Mit dem Ausbau jener Dienste, die sie überwachen und die gern die Aufklärung der Öffentlichkeit behindern. Von der staatlich initiierten Terror-Gruppe des NSU bis hin zu Einzeltätern aller Art, die Vorwände für jenen Ausbau der "Sicherheit" liefern, die nur der Verunsicherung der Einzelnen dient. "Die Linke" in Thüringen wollte das Amt für Verfassungsschutz mal abschaffen. Vor irgendeiner Wahl.

Quelle: rationalgalerie.de

*Terroroganisation, in Deutschland und Russland verboten.

Quelle: https://de.sputniknews.com/kommentare/20191119326007637-terrorismus-deutschland-kommentar/

Über 260 Wissenschaftler fordern Überprüfung der 5G-Technologie – Sogar NASA und NOAA warnen

Philipos Moustaki Sott.net. Mo, 18 Nov 2019 17:53 UTC

Wir haben schon des Öfteren auf die Gefahren von Handystrahlen für den menschlichen Organismus, besonders für das Gehirn, aufmerksam gemacht. Auch über das "glorreiche" neue 5G-Netz, das in naher Zukunft global zum Einsatz kommen soll (und welches die Schäden für Menschen und Umwelt noch deutlich verstärken könnte), haben wir bereits berichtet. Jetzt haben sich 260 ranghohe Wissenschaftler zu Wort gemeldet, um die Politik eindringlich darauf aufmerksam zu machen, dass es absolut unverantwortlich ist, so ein Netzwerk aufzubauen, wenn es nicht zuerst ausführlich und unabhängig auf Sicherheit getestet wurde. Selbst die NASA und NOAA warnen vor gravierenden Störungen, die dieses Netz für die Wettervorhersage auslösen könnte.



Turku (Finnland) - "5G" gilt als die Zauberformel für das datenschnelle Internet der Zukunft, soll es doch grosse Datenmengen fast gänzlich ohne Verzögerung übertragen. Zugleich mehren sich jedoch Bedenken gegen den Einsatz der Technologie und Befürchtungen vor gesundheitlichen Risiken. Zu diesen Kritikern gehören mittlerweile auch mehr als 260 Wissenschaftler, die so lange ein Moratorium der 5G-Technologie fordern, "bis diese auf ihre möglichen Risiken für Gesundheit und Umwelt ausreichend und von der Industrie unabhängig überprüft wurde". Hinzu melden auch die US-Raumfahrtbehörde NASA und die US-Ozeanografiebehörde NOAA technische Bedenken gegen 5G an und warnen: "Der Einsatz könne die Möglichkeiten der präzisen Wettervorhersage dramatisch beeinflussen."

Die Wissenschaftler betonen unter anderem die Tatsache, dass Strahlen dieser Art nachweislich schädlich für Mensch und Umwelt sind und dass das durch die 5G-Technologie aufgebaute Netzwerk diese Exposition darüber hinaus noch erheblich erhöhen wird:

Wie die bislang 261 allesamt akademischen Unterzeichner auf der Internetseite des "5G Appeal" erläutern, werde "5G die Exposition gegenüber hochfrequenten elektromagnetischen Feldern (RF-EMF) zusätzlich zu 2G, 3G, 4G, Wi-Fi usw. für die bereits vorhandene Telekommunikation erheblich erhöhen". Zudem seien "RF-EMF nachweislich schädlich für Mensch und Umwelt".

Das Netzwerk, das durch diese Technologie erforderlich wird, führt zwangsläufig dazu, dass praktisch jeder Quadratmeter innerhalb des Netzwerkes mit diesen Strahlen bombardiert werden muss, um eine zuverlässige Datenübertragung zu ermöglichen. Als Resultat ist in städtischen Gebieten in einer Entfernung von maximal 10 bis 12 Häusern das Montieren von Antennen notwendig, die diese Strahlung aussenden, um ein lückenloses Netz zu gewährleisten. Darüber hinaus sind für diese Technologie 10 bis 20 Milliarden Anschlüsse (an Kühlschränken, Waschmaschinen, Überwachungskameras, selbstfahrenden Autos, Bussen etc.) erforderlich. Wahnsinn.

Das auch von der Industrie zugestandene Problem: Die 5G-Technologie ist nur auf kurze Distanz wirksam und wird schlecht durch festes Material übertragen. Aus diesem Grund würden viele neue Antennen erforderlich, und die vollständige Implementierung werde dazu führen, dass alle 10 bis 12 Häuser Antennen in städtischen Gebieten installiert werden, wodurch die obligatorische Exposition massiv erhöht werden

"Mit dem immer umfangreicheren Einsatz von Funktechnologien kann es niemand vermeiden, sich der Gefahr auszusetzen. Denn zusätzlich zu der gestiegenen Zahl von 5G-Sendern (auch in Wohngebäuden, Geschäften und Krankenhäusern) werden Schätzungen zufolge "10 bis 20 Milliarden Anschlüsse" (an Kühlschränke, Waschmaschinen, Überwachungskameras, selbstfahrende Autos und Busse usw.) Teil des 'Internet der Dinge' werden. Alle diese Faktoren zusammen können die langfristige Exposition aller EU-Bürger gegenüber hochfrequenten elektromagnetischen Feldern erheblich erhöhen."

Im Gegensatz zur Beteuerung der entsprechenden Geräte vertreibenden Industrie, sind – laut den Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern des "5G Appeal" – "schädliche Wirkungen der HF-EMF-Exposition bereits nachgewiesen". Deshalb bekunden sie auch ihre "ernsthafte Besorgnis" angesichts der "allgegenwärtigen und zunehmende Belastung durch elektromagnetische Felder, wie sie durch elektrische und drahtlose Geräte verursacht werden."

Die Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, Forscherinnen und Forscher verweisen darauf, dass "zahlreiche neuere wissenschaftliche Veröffentlichungen gezeigt haben, dass EMF-Strahlung lebende Organismen weit unter den meisten internationalen und nationalen Richtlinien beeinflusst". Zu den Auswirkungen zählen die Unterzeichner ein "erhöhtes Krebsrisiko, zellulärer Stress, eine Zunahme schädlicher freier Radikale, genetische Schäden, strukturelle und funktionelle Veränderungen des Fortpflanzungssystems, Lern- und Gedächtnisdefizite, neurologische Störungen und negative Auswirkungen auf das allgemeine Wohlbefinden des Menschen." Die beschriebenen Schäden gehen demnach weit über die menschliche Rasse hinaus, da zunehmend schädliche Auswirkungen auf Pflanzen und Tiere zu beobachten seien.

Und all das, um angeblich auch unterwegs "Filme und Inhalte aus dem Internet schnell und in HD-Qualität anschauen zu können", obwohl dies bereits jetzt durchaus zufriedenstellend möglich ist. Der Wahnsinn nimmt kein Ende.

Den Rest des Artikels können Sie auf Grenzwissenschaft Aktuell lesen.



Philipos Moustaki (Profile)

Redakteur Philipos Moustaki trat dem SOTT Team Ende 2011 bei. Während er in Deutschland lebt, sind ein Teil seiner Wurzeln griechisch. Sein Schwerpunkt besteht darin, das unglaubliche Wissen von SOTT.net der deutschsprachigen Welt näher zu bringen durch Veröffentlichungen, Bearbeitungen und Übersetzungen für de.SOTT.net. Wenn er nicht gerade für SOTT.net die Welt dort draussen und sich selbst erforscht, arbeitet er als Werkzeugmechaniker bei einem international führenden Anbieter für Endto-End-Lösungen für die Datenübertragung, der die anspruchsvollsten Standards für Daten, Ton- und Video-Anwendungen erfüllt.

Quelle: https://de.sott.net/article/33909-Uber-260-Wissenschaftler-fordern-Uberprufung-der-5G-Technologie-Sogar-NASA-und-NOAA-warnen.





Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekannt gemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effectiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können! Wir wenden uns deshalb an alle vernünfti-

gen Menschen der Erde, an alle FIGU-Interessengruppen, FIGU-Studiengruppen und FIGU-Landesgruppen und damit an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert, wie das leider auch nach dem Ende des letzten Weltkrieges 1939–1945 extrem bis in die heutige Zeit hineingetragen wird.

Spreading of the Correct Peace Symbol

The wrong peace symbol – the globally widespread "death rune" which has been fabricated from the Celtic Futhark runes or inverted Algiz rune – is the actual embodiment/quintessence of negative influences and evokes destructive swinging-waves regarding unpeace and hatred, revenge, vice, addictions and bondage, because for many human beings the "death rune" means reminiscence (memories) of the Nazi era, of death and ruin as well as ambitions concerning war, terror, destruction of human achievements, livelihoods as well as global evil unpeace.

Therefore it is of the utmost necessity that the wrong peace symbol, the "death rune", disappears from the world and that the urancient and correct peace symbol is spread and made known all-over the world, because its central elements reflect peace, freedom, harmony, strengthening of the life power, protection, growth and wisdom, have a constructive and strongly soothing effect, and help peaceful-positive swinging-waves to break through.

Therefore we appeal to all FIGU members, all FIGU-interessengruppen, Studien- and Landesgruppen as well to all reasonable human beings, who are honestly striving for peace, freedom, harmony, fairness, knowledge and evolution, to do, and give, their best to spread the correct peace symbol worldwide and to bring forth clarification about the dangerous and destructive use of the "death rune", which in memory of the Nazi crimes collectively furthers deterioration and neglect of character-"ausartung" and terribleness in the reflecting and striving of the human being, as this is still being extremely carried on after the end of the last world war 1939–1945 until the current time.

Autokleber Grössen der Kleber:			Bestellen gegen Vorauszahlung: FIGU	E-Mail, WEB, Tel.: info@figu.org
250x250 mm	= CHF	6	8495 Schmidrüti	Tel. 052 385 13 10
300X300 mm	= CHF	12	Schweiz	Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-ZEITZEICHEN UND FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,

Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz

FIGU-ZEITZEICHEN erscheint zweimal monatlich; FIGU-Sonder-ZEITZEICHEN erscheint sporadisch

Wird auch im Internetz veröffentlicht, auf der FIGU-Webseite: www.figu.org/ch

Redaktion: BEAM (Billy) Eduard Albert Meier /././ Telephon +41(0)52 38513 10 (7.00 h - 19.00 h) / Fax +41(0)52 385 42 89

Postcheck-Konto: PC 80-13703-3 FIGU Freie Interessengemeinschaft, 8495 Schmidrüti, Schweiz

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703-3,

E-Brief: info@figu.org Internetz: www.figu.org FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2020

Einige Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter: www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, Freie Interessengemeinschaft Universell-, Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz



Für CHF/EURO 10.- in einem Couvert, senden

der Grösse 120x120 mm = am Auto aufkleben.

wir Ihnen/Dir 3 Stück farbige Friedenskleber

Geisteslehre friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.

SSSC. 10. September 2018. 16.43 h. Billy